

Bezugspreis:

Für den Monat März 5000 M.
vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Danzig, Saar- und
Rheinland sowie Österreich und
Luzern 7500 M., für das übrige
Ausland 9000 M. Postbezugspreis
erhöht sich bei d. Postbestellungs-
nahmen an Belgien, Dänemark,
England, Island, Finnland, Nor-
wegen, Schweden, Estland, Let-
tland, Litauen, Ungarn,
Finnland, Schweden, Schweiz,
Australien und Japan.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Reiz“ der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Scheidung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompositionelle
Zeile 1200 M., Restzeile 6000 M.
„Kleine Anzeigen“ des festgedruckten
Wort 375 M. (gültig für zwei
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
200 M., Stellenangebote das erste Wort
200 M., jedes weitere Wort 150 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 63, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295
Verlag: Donhoff 2506-2507

Freitag, den 16. März 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeidirektion: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Postfach 1000, Lindenstraße 3

Sozialdemokratie gegen Steuerunrecht.

Bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Anpassung
der Steuergesetzgebung an die Geldentwertung
kam es noch einmal zu einer harten Auseinandersetzung
zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien.
Es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum,
aus dessen Reihen Finanzminister wie Erzberger und
Dr. Wirth hervorgegangen sind, jetzt ihre Führung in
Steuerfragen dem Abgeordneten Dr. Helfferich überlassen.
Er, der geschworene Feind der Steuerpolitik Erzberger und
Wirth, ist es, der jetzt an der Spitze des Bürgertums
gegen die Sozialdemokratie führt. Alle seine Bemühungen
und seine rücksichtslosen Verdröhnungskünste konnten ihn
am gestrigen Donnerstag nicht vor einer schweren Niederlage
schützen.

Sein Auftreten machte auf die Mitte des Hauses einen
peinlichen Eindruck. Kein zustimmender Ruf außerhalb der
Deutschnationalen wurde laut und auch in seiner eigenen
Fraktion wurde Herr Helfferich diesmal nicht als der Held
gefeiert, als den man ihn sonst gern zu kränzen pflegt.

In einer Rede von entschlossenem Angriffsgeist hatte unser
Genosse Herz zu Beginn der Reichstags-Sitzung ein Anklage-
material gegen die Steuermacherei der bürgerlichen Parteien
aufgehäuft, das von keinem der bürgerlichen Redner, auch
nicht von dem Reichsfinanzminister und erst recht nicht von
Helfferich, entkräftet werden konnte. Herz sagte den Vertretern
der Steuerlichen mutig, daß die Sozialdemokratie keineswegs
den arbeitenden Massen einrede, sie könnten in der furchtbaren
Lage Deutschlands steuerfrei bleiben, wie dies Herr Helfferich
mit seiner auf Wahlschwindel eingestellten Entschiedenheit
versuchte. Um so mehr aber verlange sie von den besitzenden
Klassen, daß sie Leistungen aufbrächten, die das Wort „Opfer“
verdienten.

Einer der Ripel auf der Rechten wagte es, dem sozial-
demokratischen Abgeordneten „Judenjunge“ zuzurufen. Aus
den Reden unseres Genossen Herz und aus den Anträgen un-
serer Fraktion sprach aber mehr Sinn für Deutschlands Not
und unendlich mehr Bitterkeit, unserm Lande und unserm Volke
zu helfen, als aus den Reden und Taten derjenigen, die sich mit
ihrem Scheinpatriotismus brüsten.

Sehr schwach war in der Erwiderung an Herz der Reichs-
finanzminister Dr. Hermes. Er zog sich aus der unangenehmen
Lage mit der Bemerkung, daß über die allgemeinen Finanz-
verhältnisse des Reiches bei der Debatte über seinen Haushalt
gesprochen werden sollte. Im übrigen machte er nicht einmal
den Versuch, das Material des Genossen Herz zu widerlegen.
Man merkte deutlich, daß Herr Hermes für eine Sache ein-
tritt, von deren Güte er innerlich selbst sehr wenig über-
zeugt ist.

Helfferich kam diesmal mit einem ausgearbeiteten Manu-
skript. Er hat anscheinend eine deutsche nationale Propa-
ganda Broschüre geredet. In Geld, sie zu verbreiten, wird
es seiner Partei zweifellos nicht fehlen, die seit Jahr und
Tag mit solcher Zielsicherheit das mobile und immobile Kapital
vor einer ausreichenden Besteuerung zu schützen weiß. Natür-
lich fühlte sich Helfferich wieder einmal in der Rolle des großen
Patrioten, der sich hoch über die Sozialdemokratie, der es an
vaterländischer Tatkraft nicht fehlen, erhaben fühlt. Diesem Manne
fehlt es nicht nur an vaterländischer, sondern auch an ein-
fach menschlichen Tatkraft. Wäre es anders, würde er
es nicht fertig bringen können, unser Bewegung der Wahrheit
einem sozialdemokratischen Abgeordneten in dieser Stunde
vorzuwerfen, daß er der Entente Material liefere. So
unwissend ist Helfferich nicht, um nicht zu wissen, daß die Inter-
alliierte Rheinlandkommission in Koblenz und ihr Nachrichten-
blatt über das Steuerwesen hinreichend unterrichtet sind. Im
vorliegenden Falle war Helfferich außerdem durch Regie-
rungs-Erklärungen davon unterrichtet, daß die gewöhnliche
Affäre der Steuergesetzgebung der Reparationskommission längst
bekannt war, ehe sie von einem sozialdemokratischen Abgeordneten
pflichtgemäß in einem Reichstagsauschuss vorgetragen wurde.
Wenn der deutschnationalen Sprecher sich das Koblenzer
Nachrichtenblatt und die rheinische Sonderbündlerische
Broschüre ansehen würde, so müßte er finden, daß gerade die
nationalistischen Heherelen und das Revanchegeschrei gewisser
Freunde Helfferichs wertvolles Material für die Gegner der
Deutschen Republik darstellen.

Nicht vergessen werden soll Herrn Helfferich, daß er zum
Schaden der deutschen Arbeiter von der Tribüne des Reichstags
behauptete, das heutige Einkommen der Arbeiter belaufe sich
auf 80 v. H. des Friedenseinkommens. In derselben Zeit, in der
der Präsident des Reiches und andere Regierungsvertreter die
fortschreitende Verelendung der Massen in die Welt rufen
und für jeden Kenner der Verhältnisse feststeht, daß die
Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht die Hälfte des
Friedenseinkommens haben, erzählt Helfferich der Welt, daß
es unseren arbeitenden

Massen beinahe so gut gehe wie in den Friedenszeiten. Wenn
er früherer Reden von sich nachliest, wird er allerdings finden,
daß er selbst mehr als einmal schon das Gegenteil behauptet
hat.

Die übrigen Redner der bürgerlichen Parteien fielen gegen-
über dem rednerischen Auftreten Helfferichs ab. Vor der Ab-
stimmung über das Geldwertengesetz, die auf Antrag der
Sozialdemokratie namentlich war, gab unser Genosse Herz
unter dem stürmischen Beifall unserer Fraktion, unter auf-
merksamem Schweigen der Mitte des Hauses und unter dem
Lärm der Deutschnationalen Herrn Dr. Helfferich, der wäh-
rend der Herz'schen Rede seinen Augenblick ruhig bleiben
konnte, eine Antwort von solcher Wucht und von solchem
Reichtum an Tatsachen, daß niemand im Hause im Zweifel sein
konnte, wem der Erfolg dieses Tages gebührte. Helfferich,
der, wie seine eifrigen Notizen zeigten, ursprünglich die Ab-
sicht gehabt hatte, noch einmal zu reden, zog sich mit der
albernen Bemerkung zurück, daß ihm der Ton der Herz'schen
Rede verbiete, zu entgegnen. In seiner peinlichen Lage spielte
der deutschnationalen Häuptling den Zartbesaiteten. Dabei war
gerade seine gestrige Rede gegen die Sozialdemokratie voll
Bitterkeit und Galle und Haß. Sie war eine unerhörte Heraus-
forderung, die allerdings sofort die richtige Antwort gefunden
hat. Auf unserer Seite waren die Wahrheit und das Recht,
die auf die Dauer auch von der Berissenheit Helfferichs nicht
vergewaltigt werden können.

Im Reichstag wurde gestern, Donnerstag, die dritte Lesung
des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldent-
wertung eröffnet mit der Rede des

Abg. Herz (Soz.):

Die Anpassung der Steuergesetzgebung an die Geldentwertung
gehört zu unseren dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben. Durch
das vorliegende Gesetz wird das Problem aber nicht gelöst. Die
sprunghaften Veränderungen im Geldwert haben die Wirkungen
der Steuergesetzgebung nach zwei Seiten hin grundlegend verändert,
nämlich gegenüber dem Fiskus und gegenüber den Steuerpflichtigen.
Im Regierungsentwurf trat der Gedanke des Schutzes der Reichs-
interessen völlig in den Hintergrund, das große steuerliche Unrecht,
das die Geldentwertung heraufbeschworen hatte, wurde ganz
außer acht gelassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch dieser

Gesetzentwurf läßt den allen Zustand im wesentlichen untreffend,
daß eine fortschreitende Zerrüttung unserer Reichsfinanzen eintritt,
daß der Vergrößerung des Steuerunrechtes durch das Steigen der
Steuern der Reichsbank nicht entgegenwirkt wird, und daß der durch
die ungenügenden Steuereinnahmen verursachte Notendruck
weitergeht und große Gefahren für das Preisniveau herauf-
beschwört. Die Geldentwertung hat die Reichsfinanzen in hohen
Maße zerrüttet. Anfang 1922 stand der moralische Zuwachs der
schwebenden Schuld noch weit hinter den regulären Reichseinnahmen
zurück. Am Jahresabschluss übertraf er sie um ein Vielfaches. Im
Januar betrug die Zunahme der schwebenden Schuld 41 Proz. der
Einnahmen, im Dezember 1922 bereits 1365 Proz. (Lebhaftes
Hört, hört! links.) Steuern und sonstige reguläre Reichseinnahmen
reichten nicht einmal aus, um 7 Proz. des Reichsbedarfs zu decken.
Die Steuern spielen keine Rolle mehr, dafür aber der Notendruck
der Reichsbank eine um so größere. In der ersten Hälfte des Jahres
1922 waren wir auf dem Wege der Besserung unserer Reichs-
finanzen. Der Dollarkurs stieg in dieser Zeit um 50 Proz., die
Steuereinnahme aber um 100 Proz. Mit der sprunghaften Geld-
entwertung im Sommer und Herbst zeigte sich auch ein Rückgang
der Steuereinnahmen selbst in Markbeträgen. Während die Reichs-
einnahmen im Januar 14,6 Milliarden und im Oktober gar 11,4 Mil-
liarden Papiermark betragen, gingen sie auf 4,6 im November
zurück, im Dezember auf 67,9 Milliarden anzuwachsen. Im Fe-
bruar dieses Jahres betragen die Ausgaben 1821 Milliarden, die
Einnahmen aber nur 314 Milliarden, also nur ein Sechstel der Aus-
gaben. In der dritten Februardebate fanden einer

Ausgabe von 729 Milliarden nur 70 Milliarden Einnahme
gegenüber.

In diesen Februartagen hat sich die schwebende Schuld um 658 Mil-
liarden Mark erhöht. Am 24. Februar betrug der Gesamtbetrag
aller schwebenden Schulden 4628 Milliarden Mark gegenüber
2679 Milliarden am 31. Januar und 1822 Milliarden am 31. De-
zember vorigen Jahres. In dieser gewaltigen Verschlechterung der
Reichsfinanzen ist vor allem die französische Gewalt-
politik nicht unschuldig. Das gesamte Bürgertum hat sich in den
ersten Anfängen des Weltkrieges gegen die Verwirklichung des da-
mals von der Sozialdemokratie aufgestellten Währungspro-
gramms gewehrt. Auch in der Steuergesetzgebung ist jeder Ver-
such, der Entwertung der Steuereinnahmen dem Mißverhältnis
zwischen Steuerleistung der Besitzenden und der Beschlüssen entgegen-
zutreten, durch eine geschlossene Front des Bürgertums
verhindert worden. Im Januar 1923 ergaben die Besitz-
und Verkehrssteuern 157,9 Milliarden, darin stecken 94,5 Milliarden
Einkommensteuer, von denen wieder 82 Milliarden das Ergebnis
des Lohnabzuges sind. Es sind darin weiter enthalten 43,3 Mil-
liarden Umsatzsteuer, 8,8 Milliarden Verkehrsabgabe, insgesamt also
ein Betrag von 146,6 Milliarden, so daß also

alle Besitzkernern zusammen nur 11 Milliarden erbracht
haben; ein Achtel des Betrages, der in einem einzigen Monat
durch den Lohn- und Gehaltsabzug aufgebracht wurde. (Lebhaftes

Hört, hört! bei den Soz.) Zölle und Verbrauchssteuern haben
100 Milliarden erbracht. Die Zölle allein machen davon 19,3 Mil-
liarden, die Kohlensteuer 67,1 Milliarden und die Tabaksteuer
10,7 Milliarden Mark aus. Nur die in diesem Monat aus der Wein-
steuer aufkommen 1,9 Milliarden kann man unter die Besitz-
steuern rechnen. Diese Zahlen bedeuten, daß von je 100 M. Reichs-
einnahme 96 M. aus dem Lohnabzug und der Massenbelastung und
nur 4 M. aus der Besitzbelastung kommen. (Stürmisches Hört, hört!
links.) Diese Zahlen beweisen, daß in keinem Lande der Welt
die Arbeiterklasse so große Lasten trägt wie in Deutschland. Infolge
der Geldentwertung ist ein steuerliches Unrecht eingetreten, das die
Massen der deutschen Bevölkerung tief aufgewühlt und nicht nur
zur sozialen, sondern auch zur nationalen Erbitterung beigetragen
hat. Im Ausland, selbst dort, wo man Deutschland wohlgefällig ist,
hat man kein Verständnis für unsere Finanzen und für unsere
Steuerpolitik. (Hört, hört! links. — Jurist rechts: Dazu tragen Sie
beil.) Die Abg. Erzberger und Dr. Schreiber haben bei Wiederkehr
ihrer Reiseindrücke aus England und der Schweiz mitgeteilt, daß
dort herbe Kritik an unserer Steuerpolitik geübt wird, und erst vor
einigen Tagen konnte man in einem Londoner Brief der „Post“
lesen, daß

in England auf Steuerhinterziehung fürchterlich hohe Geld-
und Freiheitsstrafen

gesetzt sind, die auch vollstreckt werden, und daß dort eine große
Erbitterung gegen die Deutschen besteht, von denen die englischen
Zeitungen schreiben, daß die besitzenden Kreise in Deutschland den
Fiskus betrügen, daß daher keine Kriegsschulden bezahlt werden
und daß die Kapitalisten in Deutschland sehr reich und mächtiger
werden. Herzöge, Lords, alte Familien müssen Besitztümer, die
für Jahrhunderte innehalten, aufgeben, da sie die Kosten, die Steuern
nicht mehr erschwigen können. Gibt es in Deutschland einen ein-
zigen Fall, auf den diese letzte Feststellung zutrifft? (Rufe links:
Rein!) Angesichts dieser Tatsachen hatten wir zum mindesten auf
eine Milderung des steuerlichen Unrechtes durch diesen Gesetzentwurf
gerechnet. Da die Preissteigerungen ein unerhörtes Ausmaß an-
genommen haben, und als weitere Folge der Ruhrbesetzung die

Arbeitslosigkeit viele Hunderttausende bedroht,

war es gewiß nicht zu viel verlangt, wenn ein gebührende Heranzie-
hung der Besitzenden zu den Steuerlasten beantragt wurde. Obwohl
der Gesetzentwurf, der vor der Ruhrbesetzung fertiggestellt wurde,
die große Geldentwertung nicht berücksichtigt, hat der Steueraus-
schuss ihn noch wesentlich verfeinert. Die Ausschussvorlage ist
unbrauchbar und verantwortungslos. (Lebhaftes Zustimmung
links.) Was gedenkt die Regierung, was gedenkt vor
allem der Reichsfinanzminister demgegenüber zu tun? Glaubt die
Regierung, dieser Vorlage zustimmen zu können? Wir werden uns
dagegen, daß die Lasten der Geldentwertung wie bisher dem Fiskus
und der Allgemeinheit und nicht dem Steuerpflichtigen aufgebürdet
werden. Die Regierung meint, das sei unmöglich; denn jeder
Steuerpflichtige müßte dann täglich den Kurszettel studieren. Glaubt
sie, dieser Blick auf den Kurszettel als ein unüberwindliches Hinder-
nis für die volle Ausübung der Geldentwertung auf den Steuer-
zahler anzusehen zu können? An dem Steuerrecht des Jahres
1922 soll überhaupt nichts geändert werden. Geradezu unange-
nehmlich sind die Mehrheitsbeschlüsse über die Bewertung. Bei der
Einkommensteuer wird nach den Beschlüssen des Ausschusses

nur ein Achtel des wirtlichen Vermögens zugrunde gelegt.

Schlimmer noch sind die Dinge bei der Bewertung der Ver-
mögenssteuer. Es kann vorkommen, daß der Steuerwert nur ein
Vierzigtel des gemeinen, also des bereits niedrigeren Wertes
darstellt. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Nur ein Beispiel: Ein
Gut von 40 Hektar mit einem Steuerwert nach den Ausschuss-
beschlüssen von 360 000 M. hat nach den Angaben der „Deutschen
Allg. Ztg.“ einen gemeinen Wert von 13 804 000 M. Nach den Be-
schlüssen des Ausschusses beträgt die Steuer sage und schreibe 360 M.,
das sind drei Pfennige pro tausend Mark. (Stürmisches Hört, hört!
Rufe links.) Bei den Wertpapieren kommen wir zu ähn-
lichen Ergebnissen. Die Bewertung der Dividendenpapiere schwankt
zwischen einem Sechstel und einem Zwanzigtel. So sind z. B.
500 000 M. Japan-Anleihen, 500 000 M. Deutsche Bank, 300 000 M.
Schudert und 200 000 M. Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik gleich
einem Steuerwert von 37 Millionen, während ihr Kurswert 466 Mil-
lionen beträgt. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Also ein Vermögen
von genau 466 750 000 M. wird mit 37 222 000 M. bewertet, so daß
also 429 528 000 M. vollkommen steuerfrei sind. (Lebhaftes Hört,
hört! bei den Soz.) Die Steuer für diese Vermögen von rund
466 Millionen Mark beträgt 175 000 M., das sind 30 Pfennige pro
tausend Mark. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Im umgekehrten
Verhältnis zu der Befreiung, die den Besitzern von Dividenden-
papieren zuteil wird, steht die scharfe Heranziehung der Rentner,
die sich im Besitz festverzinslicher Wertpapiere befinden. Wir freuen
uns über die Marktstützungsaktion der Reichsregierung, möchten aber
rechtzeitig auf die Gefahren hinweisen, die dieser Stützungsaktion
durch die Finanzpolitik fortgesetzt drohen. Wir werden dem
Gesetz in dieser Fassung nicht zustimmen. Dafür sind uns nicht
parteiliche Motive, sondern die Sorge um Deutschland, um die
deutsche Arbeiterschaft, um die deutsche Wirtschaft, um den Bestand
des Reiches und der Republik maßgebend. Bleiben Sie bei Ihren
Beschlüssen, dann tragen Sie auch die volle Verantwortung dafür,
daß

Ihre Steuergesetzgebung den Widerstand Deutschlands nach innen
und außen lähmt,

und für alles, was sich aus einer so unsozialen und verantwortungs-
losen Steuerpolitik ergibt. (Stürmisches Beifall links.)

Die Regierung hat die Initiative ergriffen, um das aus der Geldentwertung entstandene Steuerliche Unrecht zu beseitigen. (Widerspruch bei den Soz.) Die Vorlage ist im Ausschuss nicht verschlechtert worden, sie hat vielmehr starke Verbesserungen erfahren, insbesondere nach der Richtung der Zwangsanleihe und der Zahlungsbedingungen. Eine endgültige Abhilfe ist nach meiner festen Ueberzeugung nicht möglich. Es ist möglich, daß in diesem Jahre die Dinge so auf den Kopf gestellt werden können, daß auch das, was wir jetzt verlangen, nicht mehr durchgeführt werden kann. Auf der Brüsseler Finanzkonferenz haben Sachverständige erklärt, die deutschen Besitzsteuern seien etwas überspannt. (Widerspruch links. — Zustimmung rechts.) Frankreich hat alles getan, um die Ordnung unserer Finanzen und Steuerpolitik unmöglich zu machen und hat kein Recht, uns anzuklagen. Wenn die Ausschuhmehrheit sich entschlossen hat, eine Vereinfachung der Bewertung vorzuschlagen, so hat sie den Verhältnissen in zutreffender Weise Rechnung getragen. Seit dem 9. März sind alle Werte um mindestens 50 Proz. und darüber gefallen. Die Stützungsaktion wird fortgesetzt werden, wobei die Wirtschaft Opfer bringen muß, aber wir werden nicht die wirtschaftlichen Grundlagen der Fortführung der Stützungsaktion aufs Spiel setzen. Erfreulicherweise hat der Ausschuss den Ausgleich für die Lohnsteuer, die früher entrichtet wird als die Vermögenssteuer, noch verstärkt. Für die schnelle Einziehung der Steuer müssen alle maßgebenden Instanzen Sorge tragen, besonders die Gemeinden. Durch die Zuschläge für Zahlungsoersäumnis wird dem Zahlungspflichtigen zum Bewußtsein gebracht, daß ihm aus der Verzögerung kein Gewinn mehr

entsteht. Diese Maßnahmen werden hoffentlich den Volksmassen das Gefühl der Ungerechtigkeit nehmen. Es ist eine irrige Darstellung, als ob die Arbeitnehmer fast allein die Steuern tragen. Nur 18,6 Proz. der Einkommensteuer stammen aus der Lohnsteuer, während die Belasteten 81,4 Proz. zahlen. (Widerspruch links.) Mit der Aufhebung des Kundenverzeichnisses der Banken haben wir uns einverstanden erklärt, glauben aber auf die Auskunftspflicht der Banken nicht verzichten zu können. Eine grundlegende Änderung des Einkommensteuergesetzes will ich erwägen. Ich bin überzeugt, daß sich die Vorlage in der Praxis als wirksam erweisen wird, aber eine grundlegende Änderung unseres Steuersystems und der ganzen Finanzpolitik können wir erst übernehmen, wenn wir Boden unter den Füßen haben. (Beifall bei den Bürgerl.)

Abg. Dr. Hefferich (Dn. Sp.): In keinem anderen Land der Welt ist die Steuerlast für Besitz und Verbrauch so angepaßt wie bei uns. Das mit einem unerhörten Steuerdruck herausgedrängte Geld müßte wir dem französischen Militarismus in den Rücken werfen. Kämen diese Summen der Reparation zugute, dann stünde es besser um die Welt. Auch England leistet an Besitzsteuern viel weniger als Deutschland. Die Ausführungen des Abg. Herz werden vom Ausland zum

Doldisch

gegen uns benutzt werden. (Wärm links.) Das Nachrichtenblatt des französischen Propagandabüros in Koblenz schreibt: mit der Stundung der Kohlensteuer werde Frankreich bestohlen, die Kohlenmagnaten seien die größten Schutze, man müsse die Deutschen zur Zahlung zwingen, darum seien die Franzosen im Ruhrgebiet. Der Generalmann für dieses Blatt ist Abg. Herz. (Großer langanhaltender Lärm. — Abg. Herz [Soz]: Sie sind ja ein ganz gefährlicher Lügner! — Rufe links: Gauner! Lügner! — Rufe rechts: Ihr Lumpengesindel! — Als wieder Ruhe eingetreten ist, erhebt der Abgeordnete die Zwischenrufer, sich zu melden. Darauf erheben die meisten sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten die Hand und rufen: Wir sind alle der Meinung!) — Hefferich fährt fort: Es ist nicht wahr, daß unsere Finanzkatastrophe durch eine falsche Steuerpolitik verursacht worden ist. Die von Poincaré mit Wissen und Willen herbeigeführte Reparationskatastrophe ist für uns zur Währungs- und dann zur Finanzkatastrophe geworden. (Zustimmung rechts.) Wir werden die Befreiung der Kohlensteuer ablehnen und die Aufhebung der Lohnsteuer beantragen. (Beifall rechts.)

Abg. Lange-Hogermann (Zr.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Herz, daß Dr. Schreiber geschrieben habe, die Schweiz verurteile die Steuerpolitik Deutschlands. Ebenso bemerkt unrichtig seien die von Herz vorgebrachten Beispiele über die Bewertung der Aktien. (Unruhe bei den Soz.) Die christlichen Gewerkschaftler ständen einmütig hinter der Zentrumsfaktion bei ihrer Zustimmung zu dieser Vorlage. Es sei nicht wahr, daß bei uns der Besitz zu wenig belastet wird. Man sollte einmal verfuhtsweise von den Diäten empfangener diesseits Steuern einzeln, die der Besitz ausfordern muß. (Heiterkeit.) Mit Ihrer (nach links) Agitation gegen den Besitz würden Sie im Ruhrgebiet kein Glück haben. (Zuruf links: Ein ganz trauriger Demagog! — Lärm.) Die wirtschaftliche Krise wird vielleicht so wirken, daß

im Frühjahr überhaupt keine Besitzsteuern mehr

eingehen. Wir werden es begrüßen, wenn Sie (nach links) einmal dieselben Opfer bringen, die jetzt schon das Bürgertum bringt. (Beifall im Zentrum und Unruhe links.) Als

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Sp.) die Rednertribüne betritt, rufen die Kommunisten: „Jetzt kommt der Richtige! — Anstalt!“ Der Redner bezeichnet die Vorlage als einen Rotkeißel, der angewandt werden müsse, da jetzt eine vollständige Lösung nicht möglich sei. Eine vernünftige Steuerpolitik müsse die Zerstörung der Wirtschaft vermeiden, dürfe nur den Ertrag, aber nicht die Substanz angreifen. Die Volkspartei stimme der Vorlage zu. (Beifall rechts. — Zuruf links: — Gegenrufe rechts: Sie haben ja kein Vaterland! — Abg. Hoffmann [Soz]: Rein, das haben Sie uns gemault!)

Abg. Reinath (Dn.) verliert sich zählennäßig nachzuweisen, daß in keinem Lande der Welt der Besitz so stark belastet sei wie in Deutschland. Die Vorlage sei zwar nicht befriedigend, aber die Demokraten würden ihr zustimmen. Gleichzeitig müsse aber eine grundlegende Steuerreform in die Wege geleitet werden.

Abg. Roenen (Komm.) lehnt die Vorlage ab, da sie nur eine Benachteiligung der Kapitalisten darstelle. Den Sozialdemokraten wirft er vor, daß sie von der Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hätten, das Gesetz zu Fall zu bringen.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Der Finanzminister hat die Vorlage ungenügend verteidigt. Die schlechte Steuergesetzgebung entzieht uns so den Boden unter den Füßen, den er als Voraussetzung einer Sanierung bezeichnet. Die bürgerlichen Parteien haben die Bewertungs Vorschriften so zugeschnitten, daß

nur etwa 8 Proz. des wirklichen Vermögenswertes besteuert werden. Von der Stellungnahme des Abg. Schreiber habe ich nicht gesprochen, sondern nur nach ihm zitiert, wie das Ausland über uns denkt. Meine Darstellung der Bewertungs Vorschriften ist auch nicht „bemüht unrichtig“ gewesen, wie man mir nachsagt. Das Zenitum hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Diäten der Abgeordneten nicht eine Entlohnung, sondern ein Ersatz für Ausgaben sind. Sollte das Zentrum die Steuerfreiheit der Diäten beseitigen wollen — wir wären dafür zu haben. Herr Hefferich hat in der Steuergesetzgebung seinen Einfluß auf alle bürgerlichen Parteien ausgeübt, sonst wären manche Steuern annehmbarer geworden. Herr Hefferich und seine Kreise haben den Zusammenbruch der Welt verschuldet.

Die Nationalisten haben das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft erschüttert

und damit unsere Währung ruiniert. (Stürmische Entrüstung und Widerspruch rechts.) Ihr Name (zu Hefferich) ist mit den Mördern an Erzberger und Rathenau untrennlich verbunden. (Großer Entrüstungsturm auf der Rechten, Rufe: Der schlimmste Heber! Ist das keine Hebe?) Herr Hefferich hat demagogisch die Resolution wegen Reform der Lohnsteuer beantragt, darauf kommt es ihm an: die Arbeiter sollen weiter zahlen, sie sollen nur nicht wissen, was sie zahlen. Der Lohn- und Gehaltsempfänger hat von 1000 M. Einkommen 100 M. Steuern zu zahlen, die Landwirtschaft von 1000 M.

Deutschland soll einen Plan vorlegen!

Kein englischer Schritt zu erwarten.

Die auch von uns registrierte Meldung des „Evening Standard“ über eine bevorstehende Anfrage Englands in Berlin hat zu allerlei Kommentaren und Kombinationen sowohl in Paris wie auch in Berlin Anlaß gegeben. All dies ist nun gegenstandslos geworden durch die am späten Abend hier eingelaufene Reuter-Meldung, in der nicht allein ein offizielles Dementi, sondern auch eine bedeutsame Meinungsäußerung der englischen Regierung erteilt werden muß:

London, 15. März. (W.B.) Reuter meldet: Von zuständiger Seite wird erklärt, daß Großbritannien, wenn sich die Gelegenheit ergeben würde, seinen Entschluß wiederholen werde, zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits nicht zu vermitteln. Es werde erklärt, die Frage gehe England nichts an insofern, als es Deutschlands Aufgabe sei, einen Plan vorzulegen, der Frankreich und Belgien befriedige.

Zu der Falschmeldung des „Evening Standard“ wäre eigentlich noch nachträglich festzustellen, daß der Pariser offizielle „Temps“, indem er ihre Richtigkeit bezweifelte, zugleich erklärte, „die französische Regierung werde mit äußerster Energie das Projekt, das im „Evening Standard“ genannt worden sei, zurückweisen“.

Indessen ist die Angelegenheit noch aus einem anderen Grunde von Interesse:

Die hiesigen nationalistischen Blätter versuchen in ihren Kommentaren und durch ihre Ueberschriften den Eindruck zu erwecken, als handelte es sich dabei um ein französisches Manöver. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht spöttisch von einem „Verhandlungs-Trommelfeuer“, dessen klares Ziel sei: die deutsche Regierung zur Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich zu bestimmen. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einem „Kesseltreiben gegen Deutschland“ und schreibt in auffallendem Druck:

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß alles das, was über Verhandlungsbereitschaft der deutschen Regierung und neue deutsche Angebote gesagt wird, von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Der Reichsaussenminister wird darüber im Reichstage zu befragen sein und ungewöhnliche Erklärungen abzugeben haben.

Zuerst haben Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet zu räumen und zu erklären, daß sie alle entstandenen Schäden wiedergutmachen wollen. Wir brauchen weder England noch Amerika zu fürchten. Für uns handelt es sich nicht um die Frage, ob und wie wir einen uns aufgezwungenen Krieg führen können, sondern lediglich darum, ob wir bei lebendigem Leibe verhungern und in Sklavenarbeit ver-

mögen nur 30 bis 90 Pf. (Sehb. Widerspruch rechts). Wir stimmen gegen die Vorlage und überlassen Ihnen (rechts) die schwere politische Verantwortung dafür nach innen und außen. (Sturm. Beifall links; heftiges Schreien rechts.)

Präsident Cöbe stellt fest, daß dem Abg. Herz von der Rechten „Judenjunge“ zugerufen worden ist (Sehbaste Plutuse links), und fragt, wer sich zu diesem Rufe bekenne. (Es meldet sich niemand; Juruse links: Feiglinge.)

In den Abstimmungen über die einzelnen Teile der Vorlage werden

Ähnliche sozialdemokratische Anträge abgelehnt.

Bei den Bewertungs Vorschriften für die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe fragt Abg. Lange-Hogermann (Z.) die Regierung, welche Mittel sie habe, um die Banken und Bankiers zu zwingen, für ihre Kunden die Steuerbürde zu berechnen.

Ministerialdirektor Bonih: Im Württembergischen „Staatsanzeiger“ hat allerdings gestanden, württembergische Banken lehnten es ab, bei ihrer Geschäftsbekämpfung die Steuerbürde für die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe zu berechnen. Zwingen können wir sie nicht, ihren Kunden diesen Dienst zu erweisen. Wir können lediglich hoffen, daß die Banken und Bankiers sich überzogen halten, daß sie bei Ablehnung dieses Dienstes ihre staatsbürgerliche Pflicht nicht erfüllen, um so mehr, als sie jetzt durch die Aufhebung der Kapitalertragssteuer und die Beseitigung des Kundenverzeichnisses entlastet werden.

Abg. Dr. Kleffer (Dn.): Dem Vorstand des Bankertages ist leider von dieser Meldung nichts bekannt gewesen. Ich halte es aber, wenn auch die Arbeit maßlos ist, doch für eine Pflicht der Banken und Bankiers, alles zu tun, damit rechtzeitig die Ausrechnung erfolgen kann.

Der von dem Abg. Roenen (Komm.) von neuem befürwortete Antrag der Kommunisten auf gänzliche Beseitigung des Steuerabzuges vom Lohn oder Gehalt wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die einzelnen Teile der Vorlage werden angenommen. Abg. Gothein (Dn.) enthält sich der Abstimmung. Die bürgerlichen Parteien stimmen geschlossen für die Beschlüsse zweiter Lesung. Die Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen.

Ueber die Vorlage im ganzen findet auf Antrag der Sozialdemokraten die

namensliche Abstimmung

statt. Sie ergibt die Annahme mit 209 gegen 146 Stimmen bei drei Enthaltungen.

Die sozialdemokratische Entschließung auf Reform des ganzen Steuersystems und der Steuerentlastung nach dem Vorbild der Lohnsteuer wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen, nachdem ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Worte „nach dem Vorbild der Lohnsteuer“ abgelehnt worden war. Damit ist die vom Ausschuss auf Antrag Hefferich beschlossene Entschließung über dieselbe Sache gefallen. Die Entschließung des Ausschusses wegen Schonung des Berufsgeheimnisses im Steuerermittlungsverfahren wird angenommen.

In allen drei Lesungen wird der Gesetzentwurf wegen Sicherung beweglicher Sachen in Schloßen und in zweiter und dritter Beratung der Gesetzentwurf über die Verwertung von Militärgut ohne Erörterung angenommen.

Schluß nach 8 Uhr. Freitag 2 Uhr kleinere Vorlagen, Kohlensteuergesetz.

Phantasien der „Roten Fahne“.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags teilt mit:

„Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom Donnerstag Enthüllungen über angebliche Fraktionsverhandlungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages, die der Fälschungsfahrt und der Teilnahme des Generals v. Seeckt an einem Rechtsputz gegolten haben sollen. Die Enthüllungen der „Roten Fahne“ sind, soweit sie nicht längst allgemein bekannte Tatsachen wiedergeben, vollkommen unbegründetes und sinnloses Geschwätz. Im aber den Kommunisten Gelegenheit zu geben, ihre angebliche Wissenschaft vor dem ganzen Land kundzutun, wird die sozial-

reden, oder ob wir durchhalten wollen, um uns die letzte Gelegenheit zu unserer Befreiung nicht entgehen zu lassen. Lieber tot als Sklav!“

Erforderlichenfalls müssen andere Leute die Geschicke des Staates in die Hand nehmen.

Demgegenüber erklären wir, daß es die Pflicht der Reichsregierung ist, diesen wahnwitzigen Forderungen und anmaßenden Drohungen rücksichtslos und unabweisbar entgegenzutreten.

Die „Kreuzzeitung“ redet von „Versuchsbassons von französischer Seite“, und in breiter Ueberschrift spricht der „Tag“ von „Frankreichs Fühler in Berlin“.

Genau das gleiche Spiel wird aber von der französischen nationalistischen Presse getrieben: so wird die von „Evening Standard“ gemeldete englische Intervention nicht nur vom „Temps“ schroff zurückgewiesen, sondern von der „Uberté“ sogar als deutsche Sache bezeichnet, unter der Ueberschrift: „Deutschland versucht zu verhandeln, aber möchte nichts Ernsthaftes anbieten“.

Dieser Fall ist eine neue Illustration dafür, daß sich die Nationalisten Deutschlands und Frankreichs mit den gleichen Argumenten stets gegenseitig in die Hände arbeiten.

London, 15. März. (W.B.) Bonar Law teilte heute nachmittag im Unterhause auf eine Anfrage Lamberts mit, daß keinerlei Vorschläge von der deutschen Regierung auf Annahme der von ihm in Paris als angemessene Reparationszahlung genannten Summe gemacht worden seien.

Wedgwood Benn (Lab.) fragte, ob der Premierminister irgendeinen Versuch gemacht habe, um während der Pariser Konferenz in Fühlung mit dem deutschen Botschafter in Paris zu treten und zu hören, was er in der Frage zu sagen habe. Bonar Law erwiderte, es hätte der deutschen Regierung freigestanden, irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten, wenn sie dies gewünscht hätte.

Kenworthy (Lib.) fragte: Steht es ihr immer noch frei? Bonar Law erwiderte: Jawohl.

Die englische Arbeiterdelegation.

London, 15. März. (W.B.) Reuter meldet, die Abordnung der parlamentarischen Arbeiterpartei, die demnächst ins Ruhrgebiet reisen werde, um dort die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen, werde aus Adamson, Tom Shaw und Bayton mit General Thomson als Berater bestehen.

demokratische Fraktion am Freitag im Landtag eine große Anfrage über die Behauptungen der „Roten Fahne“ einbringen, die mit größter Beschleunigung zur Verhandlung gebracht werden soll.“

Die „Deutsche Zeitung“ stürzt sich natürlich begierig auf die „Enthüllungen“ der „Roten Fahne“ und bemüht sich, den preussischen Innenminister Gen. Severing als Landesverräter an den Gaijen zu bringen. Durch die Erklärung der Landtagsfraktion erübrigt sich auch das Geschrei der „Deutschen Zeitung“. Im übrigen ist es ein gewöhnliches Schauspiel, „Rote Fahne“ und „Deutsche Zeitung“ Hand in Hand arbeiten zu sehen.

Laßt Euch nicht mißbrauchen!

Wegen kommunistische Spaltungsmänöver.

Der Parteivorstand erläßt folgende Warnung:

In letzter Zeit mehrten sich die Versuche der Kommunisten, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei für ihre unehrliche Spaltung der Arbeiterbewegung gerichtete Tätigkeit einzufangen. Unter dem Vorwand, zur Abwehr des Faschismus gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu treffen oder zu anderen Zwecken treten die Beauftragten Moskaus unter den verschiedensten Vorwänden auf. Das geschieht besonders, wenn es sich um Fragen handelt, die auf der Linie des kommunistischen Kampfes gegen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung liegen. Bald treten sie als Reuter, bald als Fünfzehner- oder als Dreißigzwanziger-Ausschuss auf. Gibt sich einmal ein Mitglied unserer Partei dazu her, an Beratungen mit der SPD. teilzunehmen, so wird dies als Abkehr von der Sozialdemokratie in alle Welt hinausposaunt. Der Parteivorstand lehnt gerade jetzt entschiedener denn je ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab. Dazu zwingt ihn die Solidarität mit den Gewerkschaften, an deren Spaltung unter dem Deckmantel der sogenannten Ausschüsse in der unerhörtesten Gemeinlosigkeit gearbeitet wird. Glauben die Kommunisten doch in Berlin jetzt so weit zu sein, um den Vorstoß des „Roten Kartells“ gegen die Einheit der Gewerkschaften offen wagen zu können. Es wiederholt sich immer wieder das betrügerische Spiel gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, das uns aus den gemeinsam vereinbarten Aktionen mit den Kommunisten nach dem Rathenau-Word noch in frischer Erinnerung ist.

Der Parteivorstand warnt deshalb die Parteigenossen, als Mitglieder oder Funktionäre der Partei, als Betriebsrat oder in welcher Funktion es immer sei, den kommunistischen Gimpelstücken zu folgen. Nur durch die feste Abweisung aller kommunistischen Täuschungsmanöver dienen sie der Partei und der Einheit der Arbeiterbewegung.

Neue Regierungspräsidenten.

Zum Regierungspräsidenten von Lüneburg hatte das Preussische Innenministerium dem hannoverschen Provinzialausschuss Ministerialrat Krüger aus dem Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen. Der Provinzialausschuss erhob gegen die Ernennung Krügers jedoch mit 7 gegen 6 Stimmen Einspruch. Da gegen Krügers persönliche Eignung keine Einwendungen zu machen sind, sondern der Einspruch sich nur auf die Tatsache stützt, daß Ministerialrat Krüger Sozialdemokrat ist, hat die Preussische Regierung beschlossen, Krüger kommissarisch zum Regierungspräsidenten von Lüneburg zu bestellen.

Zum Regierungspräsidenten in Stettin hat die Preussische Regierung den Oberregierungsrat Höbne, bisher stellvertretender Regierungspräsident in Stralsund, in Aussicht genommen. Höbne gehört der Deutschen Volkspartei an.

Die Revision im Harden-Prozess verworfen. Vor dem zweiten Straffenat des Reichsgerichts fand am Donnerstag die Revisionsverhandlung wegen des Attentats auf den Berliner Schriftsteller Maximilian Harden statt. Nach längerer Auseinandersetzung beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft Verwerfung der Revision. Der Gerichtshof entschied demgemäß. Die Kosten werden teils dem Nebenkläger, teils der preussischen Staatskasse aufgelegt.

Hitler vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 15. März. (WZB.) Der Staatsgerichtshof verhandelte heute über Beschwerden der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ gegen die von verschiedenen Landeszentralbehörden (Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Baden, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen) erlassenen Versammlungsverbote und Auslieferungsbefehle. Ein Teil der Beschwerden wurde, weil sie verspätet eingereicht waren, als unzulässig, die übrigen als unbegründet verworfen. Das Gericht betrachtete als erwiesen, daß die Partei Bestrebungen verfolge, die geeignet seien, die Republik zu beschimpfen und herabzusetzen. Aus den fortgeführten Urteilen und dem ganzen Verhalten Hitlers gehe hervor, daß es ihm darauf ankomme, die Republik zu beschimpfen. Die Mitglieder der Partei wüßten sich mit ihm darin einig.

Volksgesicht oder Staatsgerichtshof?

Die Hochverratsaffäre Fuchs, Machaus und Genossen.

München, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In republikanisch gestimmten Kreisen hat die Auslieferung der Deffentlichkeit, einschließlich der Presseorgane, bei dem Hochverratsprozeß Bracher schwer beunruhigt, da man in dieser Maßnahme ein beabsichtigtes Präjudiz für die Behandlung des Hochverratsprozesses Fuchs, Machaus-Berger usw. zu sehen glaubt. Man wünscht deshalb in führenden Kreisen der bayerischen Linksparteien, daß der Staatsgerichtshof in Leipzig die Untersuchung und Behandlung der Hochverrats- und Landesverratsaffäre an sich zieht. Man beurteilt die Rechtslage dahin, daß die ungeheure Tragweite der Angelegenheit, die durch die Mitgliedschaft des Bundes Blücher zu einer Haupt- und Staatsaktion geworden ist, die Durchführung in Leipzig nicht nur begründet erscheinen ließe, sondern unbedingt fordert. Die Methode der Vertuschung bei politischen Untersuchungen und die Praxis der bayerischen Volksgesichte in allen politischen Sachen läßt diese Ausnahme gerichte denkbar ungeeignet erscheinen, in einer Lebensfrage der deutschen Republik Recht zu sprechen.

Diese Auffassung findet ihre Bestätigung in der zweideutigen Haltung der Presse der Bayerischen Volkspartei, die noch immer an der falschen Behauptung des amtlichen Polizeiberichtes festhält, daß die Verschwörer einige harmlose unbekannte Personen seien und die Enthüllungen über die Beteiligung des Bundes ihren Lesern unterzögen hat. Es ist auch charakteristisch, daß der „Bayerische Kurier“, das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, seinen Hauptzorn gegen Major Rapp richtet, der allem Anschein nach das Hauptverbrechen an der Aufdeckung der ganzen Verschwörung hat. Dieses Verhalten legt die Vermutung nahe, daß die Hinweise auf den italienisch-amerikanischen Ursprung der Gelder des Bundes Blücher in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei höchst peinlich berührt haben. Um so mehr muß die Führung der Untersuchung der Atmosphäre allen an Vertuschungskünsten interessierten Elementen entrückt werden.

„Kronprinz“ Ruprecht und die Franzosen.

München, 15. März. (Eca.) In der Münchener Hochverratsaffäre spielt der französische Staatsangehörige Richard eine bedeutende Rolle, der sich der polizeilichen Festnahme zu entziehen vermochte. Major a. D. Karl Maas hat nur gestern in der „Münchener Post“ behauptet, daß der bekannte Großindustrielle und Gutsbesitzer Freiherr v. Cramer-Klett Richard seinerzeit zu einer längeren politischen Aussprache empfangen hat. Hierzu wird nun heute von der Polizeidirektion amtlich mitgeteilt: Es ist richtig, daß Richard v. Cramer-Klett im September 1921 auf Betreiben von Professor Fuchs empfangen worden sei. Professor Fuchs verfolgte dabei den Zweck, durch Vermittlung Cramer-Kletts für Richard eine Unterredung mit dem „Kronprinzen“ Ruprecht zu erreichen. Obwohl nach dem Vorgeben des Fuchs Richard lediglich wirtschaftliche Fragen mit Ruprecht erörtern wollte, bezeichnet Cramer-Klett von vornherein jede Unterredung des Kronprinzen mit einem Franzosen als ausgeschlossen. Ebenso scheiterte ein um die gleiche Zeit unternommener Versuch des Fuchs, dem Richard durch die Vermittlung des Bezirksoberkommannes Graf Soden eine Unterredung mit Ruprecht zu ermöglichen. Ruprecht hat ausdrücklich betont, daß er seit Beendigung des Krieges niemals mit Franzosen weder unmittelbar noch mittelbar irgendwelche Aussprachen gehabt habe.

Das Waffenlager in der Zahnklinik.

Leipzig, 15. März. Ende April vorigen Jahres wurde in der Bodenkommer der städtischen Zahnklinik ein Waffen- und Munitionslager beschlagnahmt, das aus den Beständen eines ehemaligen Jägerbataillons stammte. Jetzt wurde von der zweiten Strafkammer des Landgerichts der Kaufmann Wilhelm Prager wegen unbefugten Waffenbesitzes zu fünf Monaten Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe verurteilt. Der frühere Direktor der Zahnklinik, Medizinalrat Zimmermann, der cand. med. Trübner und der Handlungsgehilfe Rohne erhielten 100 000 M. Geldstrafe, Trübner außerdem wegen Beihilfe einen Monat Gefängnis.

Dehne in Moabit.

Die Verhaftung Walter Dehnes wegen Landesverrats ist auf Ersuchen des Oberreichsanwalts Dr. Ebermeyer erfolgt. Da die Beschuldigung eines Verbruchs vorliegt, war Erlass eines Haftbefehls auch ohne Fluchtverbot zulässig. Dehne ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Das Untersuchungsverfahren wird vermutlich in Berlin durchgeführt werden.

Die „Deutsche Telegraf-Agentur“, die nach dem Ausscheiden Dehnes die Untersuchung gegen ihn, wie sie selbst mitteilt, veranlaßt hat, stellt ihr Erscheinen ein und begründet dies mit dem Mißtrauen der Presse gegen sie.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Leipzig, 15. März. (Eca.) Die bereits mehrere Male verschobene Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten ist nunmehr auf den 21. März festgesetzt worden. Der am Sonntag stattfindende kleine kommunistische Parteitag wird zeigen, ob die Kommunisten einer sozialistischen Minderheitsregierung ihre Unterstützung geben werden. Es ist jedoch nach der gegenwärtigen Lage fast ausgeschlossen, daß sich die Kommunisten an der Regierung beteiligen. Sollte die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten am kommenden Mittwoch wiederum scheitern, so wird in einer Sitzung am folgenden Donnerstag über den Antrag der deutschen Nationalen Partei, der die Auflösung des Landtags verlangt, verhandelt werden.

Eine Notverordnung.

Die erste Verordnung der Regierung auf Grund des Art. 48 des Reichsgesetzes bezweckt den Schutz der deutschen Finanzen und Währung gegenüber fremden Einwirkungen. Sie richtet sich gegen die unerlaubte Zahlung von Abgaben und Gebühren und gegen den unerlaubten Warenverkehr über die Reichsgrenze und zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.

Justizskandal in Buer.

Die Franzosen verhaften die deutschen Zeugen.

Bochum, 15. März. (WZB.) Die von den Franzosen in Buer getroffenen strengen Maßnahmen sind noch immer in Kraft. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Die deutschen Zeugen, die unter Eid bekundeten, daß nur Franzosen als Mörder der erschossenen französischen Offiziere in Betracht kommen könnten, sind verhaftet worden.

(Durch das Wolffsche Telegraphenbureau wurde vor einigen Tagen das Resultat der amtlichen deutschen Untersuchung über die Erschießung der beiden französischen Offiziere in Buer veröffentlicht. In dem Bericht wurden die Namen der deutschen Zeugen angegeben. Unter diesen Zeugen befanden

Allgemeine Funktionär-Versammlung

am Montag, den 19. März, abends 7 Uhr,

in der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10

Tagesordnung:

Der wirtschaftliche Kampf im Ruhrgebiet

Redner: Blah, Betriebsrat für den Eisenbahndirektionsbezirk Essen.

Limberg, R. d. L., Vorstandsmittglied des Vergarbeiterverb.

Wolf, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Ohne Funktionärskarte für 1923 und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Bezirksvorstand.

sich einige, die unter ihrem Eid ausjagten, daß nach ihren Beobachtungen nur zwei französische Alpenjäger als die Täter in Frage kommen. Es ist das Recht der französischen Besatzungsbehörden, diese Aussagen anzuzweifeln. Man hätte es auch — obgleich nach der deutschen Auffassung dazu jede rechtliche Grundlage fehlt — verstanden, wenn die Besatzungsbehörde im Verlauf der Untersuchung ihrerseits die bekannten Zeugen, die sich freiwillig gemeldet hatten, nochmals zur Aussage herangezogen hätte. Wenn aber die französische Okkupationsbehörde die deutschen Zeugen verhaftet, so begeht sie damit ein Justizverbrechen brutaler Art. Sie zeigt dadurch mit einem unübertrefflichen Spasmus, daß ihr an einer Aufklärung der Tat gar nichts, an dem System des Terrors alles liegt. Wenn nicht Frankreich durch das Verhalten seiner Besatzungsbehörden bewiese, daß es Unrecht und Mißtat im Ruhrgebiet als Alleinherrscher auf den Thron gehoben hat, läge der Vorschlag nahe, die Angelegenheit von Buer einem unparteiischen internationalen Untersuchungsausschuß zu überantworten. Da Frankreich sich jeder unparteiischen Untersuchung jedoch augenfeindlich zu entziehen wünscht, bleibt nichts übrig, als die Welt als Zeugen für die feigen Schändlichkeiten anzurufen, durch die es die Sanktionen im Ruhrgebiet zu „sanktionieren“ versucht.

Léon Blum warnt Le Trocquer.

Paris, 15. März. (WZB.) Der Sozialistenführer Léon Blum stellt heute im „Populaire“ die Frage, ob man, um Kohlen zwangsweise abzubefördern, bis zur Katastrophe gehen wolle. Er schreibt: 50 Arbeiter, unterstützt von einem französischen Bataillon, sind auf der Staatsgrube Westerhof erschlagen, um Kohle zu verladen. Nach der unmittelbaren Beschlagnahme ist das Personal in den Streik getreten, und die Arbeiter haben selbst die Unterhaltung der Kohlen unterbrochen. Sollte sich dieses System verallgemeinern, dann will ich nicht einmal danach fragen, wie teuer uns der Kohle zu stehen kommt, jedenfalls noch teurer, als der englische, und ich will auch nicht fragen, wieviel Soldaten nötig sein würden, wenn man ein Bataillon für 50 Arbeiter braucht. Ich will nur auf den vielleicht tragischen Ernst der Schwierigkeiten hinweisen. Ich verstehe wohl die Enttäuschung Le Trocquers, der Woche um Woche Poincaré und der französischen Schwerindustrie die unmittelbare bevorstehende Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen versprochen hat, und der jedesmal seine prophetischen Voraussagen und seine Verpflichtungen durch die Tatsachen verlegt sieht. Er will das letzte Wort haben. Aber die Befriedigung seiner Eigenliebe kann ihm schließlich teuer zu stehen kommen. Das Unternehmen kann praktisch selbst bei der günstigsten Annahme nur unzureichende Ergebnisse einbringen. Wer aber kann ohne zu schaukeln an die Zwischenfälle aller Art denken, die durch einen Zusammenstoß zwischen den deutschen Bergarbeitern und den ausländischen Arbeitern, die mit ausländischen Bajonetten behütet werden, eintreten können. Wenn das nur nicht über den Streik hinausgeht!

Paris, 15. März. (WZB.) Die sozialistische Kammerfraktion hat den Abgeordneten Rognon beauftragt, die Regierung darüber zu interpellieren, durch welche Mittel sie die Achtung der Freiheit der Arbeiter im Ruhrgebiet sicherzustellen gedenkt. Zu gleicher Zeit sind die Abgeordneten Blum und Brack aufgefordert worden, einen Resolutionsentwurf in der Kammer einzubringen, eine Untersuchungskommission möge ernannt werden, um die Bedingungen der Okkupation im Ruhrgebiet festzustellen.

Endlich hat die Fraktion vier führende Sozialdemokraten beauftragt, der amerikanischen Botschaft den Text der Tagesordnung zu übermitteln, die der Kongreß in Lille angenommen hat und in der der Schiedspruch der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage verlangt wird.

Gefängnis für deutsche Beamte.

Kommunisten verhaftet.

Landau, 15. März. Hier fand heute die Verhandlung gegen Oberbürgermeister Holler und Gendarmen-Oberwachmeister Kaiser von Offenburg statt. Holler wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe, Kaiser zu einem Jahr Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe verurteilt. — Die französische Besatzungsbehörde ließ in Kaiserlautern drei Mitglieder der kommunistischen Partei verhaften, angeblich wegen antimilitaristischer Propaganda. Bei einer Anzahl weiterer Kommunisten räumte Hausdurchsuchungen vor. Die kürzlich in Weidenheim wegen Anklebens kommunistischer Plakate verhafteten drei Kommunisten sind nach ihrer Einlieferung nach Ludwigshafen von den Franzosen schwer mißhandelt worden. Die Franzosen versuchen nunmehr, auch die Frauen der Eisenbahner zu beeinflussen in der Erwartung, daß sie ihre Männer zur Wiederaufnahme der Arbeit in französischen Diensten bewegen werden.

Witten, 15. März. Oberbürgermeister Daus von Witten wurde vom französischen Kriegsgericht Stodum zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Bestrafung erfolgte, weil der Bürgermeister sich mit größter Entschiedenheit weigerte, Be-

fehlen der Franzosen nachzukommen und stets bemüht war, nur den Anordnungen der deutschen Regierung zu folgen. Postdirektor Scherbaum in Reddinghausen wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt und nach Zweibrücken abtransportiert. Postmeister Salmann aus Herten wurde in derselben Verhandlung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der gesamte Telegraphen- und Fernsprechoverkehr ruht in Reddinghausen seit dem 13. vollständig. Die Franzosen behaupten, daß von deutscher Seite einige ihrer Leitungen zerstört worden seien und bezeichnen die Stilllegung des Betriebes als Respressalie. Sie verlangen von den deutschen Beamten, daß sie die französischen Leitungen wieder instandsetzen, was aber abgelehnt wurde. In der Sitzung des Militärpolizeigerichts vom 13. März wurde der Postmeister Kolnsberg aus Buer zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und 500 Frank Geldstrafe verurteilt, weil er gegen die Befehle des Postamtes durch einen französischen Posten Verwahrung eingelegt hatte.

Der Bürgermeister von Lünen wurde vom französischen Kriegsgericht in Gastrop zu vier Wochen Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, Sachanlagen für die französischen Besatzungstruppen legen zu lassen.

Ein Gefangenentransport.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Für das Begehen der Franzosen gegen pflichtgetreue Beamte im besetzten Gebiet ist ein typisches Beispiel die Ausweisung des Forstmeisters Schmitz-Benders aus Lanten. Nachdem dieser Beamte trotz des Ausweisungsbefehls noch 4 Tage sich auf seiner Oberförsterei aufgehalten hatte, um wichtige forstliche Angelegenheiten zu erledigen, wurde er am 29. Januar d. J. von den belgischen Besatzungsbehörden verhaftet und zunächst nach Mers transportiert. Dort brachte man ihn nachts 12 Uhr in das belgische Gefängnis, in eine vollständig dunkle Zelle, die eiskalt war, und in der sich hochoben ein Fenster befand, das nicht geschlossen werden konnte. Durch Lücken an den Wänden entlang fand Schmitz eine Holzleitenprießel ohne Strohsack; Decken oder sonstiges Zubehör, Trinkt- und Waschwasser fehlten. Ein als Nachgeschick dienender Eimer war besudelt, sein Inhalt zum Teil über den Fußboden gegossen, so daß in der Zelle ein übler Geruch herrschte. Am anderen Morgen wurde Schmitz, ohne Frühstück, nach Duisburg gebracht. Nach vierzehntägigem Aufenthalt erfolgte sein Abtransport unter Bewachung von zwei belgischen Gendarmen nach Wachen. Mit dem Zellenwagen nach dem Gefängnis gebracht, kam er nach einiger Zeit in die belgische Abteilung, wo er in einem ganz engen Zellenraum untergebracht wurde, dessen einzige Öffnung nur nach dem Flur ging, so daß von einer ordnungsmäßigen Lüftung nicht die Rede sein konnte.

Am 17. Februar fand endlich die Verhandlung vor dem belgischen Kriegsgericht in Wachen statt. Gefesselt wurde Schmitz vor vielen Zuschauern zu dem Gerichtsgebäude geführt und in derselben Weise nach Schluß der Verhandlung wieder zurückgebracht. Das Urteil lautete wegen Bannbruchs auf 21 Tage Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Außerdem hatte Schmitz die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Am 19. Februar, mittags 2 Uhr, erfolgte auf Grund eines neuen Ausweisungsbefehls Schmitz' Abtransport zunächst mit dem Gefängniswagen nach Bahnhof und von dort in einem belgischen Eisenbahnzug nach Krefeld. Drei belgische Gendarmen waren aufgeboden, den Transport zu überwachen. Zu Fuß ging es durch die belebtesten Straßen Krefelds zu der eine halbe Stunde entfernten Gendarmestation, wo Schmitz nach längerem Warten in einem Auto, dem zwei belgische Gendarmen und ein belgischer Soldat beigegeben waren, nach Wesel gebracht und dort in dem unbesetzten Teil abgesetzt wurde.

Saarstreik und Notverordnung.

Landesrat gegen Saargebiet.

Saarbrücken, 15. März. (WZB.) Heute begann die dritte Sitzungsperiode des Landesrats. Die geschäftlichen Bestimmungen erlauben nicht, Fragen wie den Bergarbeiterstreik und die neue Notverordnung betr. Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit „entsprechend den Vorschriften des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik“ zu erörtern. Präsident Rohmann ließ jedoch im Rahmen der Geschäftsordnung Erklärungen der Fraktionen zu. Abg. Loocher (Z.) verlas im Namen der Fraktionen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, der Liberalen Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums folgende Erklärung:

Die Auswirkungen des Bergarbeiterstreiks, der beinahe sechs Wochen dauert, sind verheerend. In den meisten Haushaltungen fehlt es an Brennmaterial und Beleuchtung. Viele Familien können keine warme Speise zubereiten. Die Körperpflege leidet erheblich. Schulen müssen schließen, das Kleingewerbe ist stillgelegt infolge Fehlens der motorischen Kraft, Handel und Gewerbe liegen darnieder. Der Steuerausfall erhöht die ohnedies schwierige Finanzlage der Gemeinden. Die Großbetriebe, die viele tausend Arbeiter beschäftigen, schließen nach und nach ihre Tore. Die Vorstände der Fraktionen bebauern die schwerwiegenden Folgen des Streiks auf das Vieße. Sie glauben alles tun zu müssen, was die Dauer der Leiden der Bevölkerung und die unruhigen Schäden der Wirtschaft abkürzen kann. Daher stellen sie fest, daß es Pflicht der Regierungskommission ist, über den Parteien stehend, Schritte zu einer Vermittlung zu ergreifen.

Dieser Erklärung stimmten auch die übrigen Mitglieder des Landesrats zu. Gegen den Erlass der Notverordnung ohne Befragung des Landesrats legten alle Parteien seine Verwahrung ein. Der Kommunist Heßgen nannte die Verordnung eine Kriegserklärung an die Saarbevölkerung. — Dr. Sender (Soz.) führte aus, die Verordnung sei rechtsungültig. Die Politik der Regierungskommission sei französische Annektionspolitik. Sie verfolge nach dem programmatischen Gedankensystem führender französischer Politiker die systematische Niederhaltung der Bevölkerung und des Landesrats. Diese Wünsche seien durch die Notverordnung restlos erfüllt worden. Die Notverordnung bestätige die nackte Gewalt der Besatzung. Diese Abänderungen des Versailles-Vertrages, des Strafgesetzbuches, des Pressgesetzes, des Reichvereinsgesetzes seien nicht erfolgt zum Schutze freier republikanischer Erregenschaften, sondern zum

Schutze von Unrecht und Gewalt für annexionspolitische Ziele.

Das ganze Volk sei vogelfrei in seiner eigenen Heimat einem dauernden Belagerungszustand ausgeliefert. Das einzige Volkstribunal sei die Grabstätte jeglicher Freiheit geworden.

Nachdem die verschiedenen Vorlagen, auch die der allgemeinen Frankeneinführung, den Ausschüssen überwiesen waren, wurde die Sitzung vertagt.

Der Krankheitszustand Ceinus hat Mittwoch eine Besserung nicht erfahren. Die Sprachstörungen und die Lähmungen der rechten Hand und des rechten Beines dauern an. Zur Beobachtung des Erkrankten sind mehrere ausländische Ärzte berufen worden.

Sonntag, 2 Uhr: Revolutionsgedenkfeier im Friedrichshain

Gewerkschaftsbewegung

Verschuldung durch Arbeit.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhalten wir folgende Zuschrift, die ein trasses Beispiel für die von den Unternehmern vielfach vertretene Anschauung ist, als sei mit den angeblich stabilisierten Preisen eine weitere Erhöhung der Löhne nicht notwendig. Zu bemerken ist noch besonders, daß die von der Stadt angerechneten Preise keineswegs hoch sind, und daß dabei noch kein Pfennig für Neuanfassungen, Fahrgehalt, Kultur- ausgaben usw. berechnet ist. Hier die Zuschrift:

Kein Bürger der Kommune Berlin wird der Kommunalverwaltung verübeln, wenn sie Maßnahmen zur Erzielung von Ersparnissen anwendet. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht zum Schaden einer Beschäftigungskategorie ausarten, es wäre mindestens am Platze, daß man sie einer genauen Prüfung unterzieht. Die Deputation für das Gesundheitswesen scheint jedoch mit Absicht einer Revision von getroffenen Maßnahmen zur Erzielung von Ersparnissen auszuweichen. Beim Abschluß des letzten Lohnvertrages für die Reichs- und Staatsbetriebe ist u. a. eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach den Reinigungsfrauen in den Verwaltungsbetrieben usw. 65 Proz. des Männerlohnes zu zahlen sind. Da seit geraumer Zeit die Lohnverträge für die Reichsarbeiter auch auf die kommunalen Arbeiter angewendet werden, so mußte auch die Bestimmung über die Reineinmachefrauen angenommen werden. Leider hat der Magistrat den Begriff „Reineinmachefrauen“ auf die gesamten in den städtischen Anstaltsbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen, wie Wäsche-, Haus- und Stationsmädchen ausgedehnt. Es ist dies um so unverständlicher, als die Reineinmachefrauen in den Verwaltungsbetrieben ihre Tätigkeit in den meisten Fällen nur im Nebenberuf ausüben, die Arbeiterinnen in den Anstaltsbetrieben jedoch im Hauptberuf. Ferner ist die Tätigkeit der Reineinmachefrauen und die der Anstaltsarbeiterinnen eine grundverschiedene.

Infolge der Nichtbeachtung unserer gerechten Hinweise ist innerhalb der Anstaltsarbeiterinnen ein Zustand eingetreten, der als Skandalös bezeichnet werden muß. Ein großer Teil der Anstaltsarbeiterinnen entnimmt in der Anstalt Kost und Wohnung; einmal deshalb, weil dieser Teil keine Angehörigen in Berlin hat und ferner auch deswegen, weil die Anstalten vielfach abgelegen sind, so daß eine Möglichkeit, sich auswärts zu beschließen, nicht gegeben ist. Außerdem gewährt der Magistrat den Beschäftigten der Anstalten keine Kochgelegenheit. Diese Umstände ausnützend, fordert der Magistrat von den Arbeiterinnen Beträge für die Entnahme von Kost, die in keinem Verhältnis zum Einkommen stehen. So hat eine Anstaltsarbeiterin gegenwärtig ein Einkommen von 589 M. pro Stunde, das macht ein Monatsinkommen von 122 512 M. Der tägliche Befähigungssatz jedoch beträgt 4274 M. mal 30 gleich 128 220 M. Zu diesem Betrage kommen noch die Beträge für Wohnnung, Kleidung, Versicherung und Steuern, so daß also eine Arbeiterin einen Gesamtbetrag von ungefähr 132 000 M. zu entrichten hat, gegenüber einem Verdienst von 122 000 M. Die Arbeiterinnen der Anstaltsbetriebe, es handelt sich um mehrere Tausend, sind also genötigt, beim Magistrat ein Schuldkonto einzugehen. Dieser Betrag von 4274 M. wird auch in auswärtigen, der Stadt Berlin gehörigen Anstalten, erhoben. Die Arbeiterinnen der Anstalt Gützigog beispielsweise erhalten den Lohnsatz nach Gruppe F des Tarifvertrages, d. h. es werden ihnen pro Stunde ungefähr 150 M. weniger gewährt als den in Berlin Beschäftigten. Wir beklagen uns zur Charakterisierung der dortigen Verhältnisse eines Lohnzettels. Demnach hat eine Arbeiterin in der Woche vom 26. Februar bis 4. März 1923 für 48 Arbeitsstunden einen Gesamtverdienst von 22 805 M. Von diesem Verdienst sind in Abzug gebracht worden: für Bekleidung 3 M., für Wohnung 26 M., für Beköstigung 22 480 M., für Krankengeld 1003 M., Steuern 1128 M., für Invalidenbeiträge 160 M.; insgesamt 24 805 M.; demnach verbleibt eine Schuld von ungefähr 2000 M. Dem Magistrat sind diese skandalösen Zustände hinsichtlich bekannt. Die Gesundheitsdeputation als zuständige Verwaltung der Anstaltsbetriebe tut trotz wiederholter Hinweise nichts, um ihm zu begegnen. Wir sehen uns daher veranlaßt, einmal die Öffentlichkeit auf diesen Zustand hinzuweisen, um so mehr als die Auffassung in den breiten Schichten der Berliner vorhanden ist, als verdienen städtische Arbeiter enorme Löhne. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um den Magistrat zu veranlassen, diese Zustände abzustellen.

Zum Kampf in der Fleischwarenindustrie.

Vom Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberbund der Viehhandlungen, Großschlachtereien, Fleischwarenindustrie und verwandten Berufe in Berlin läßt in der bürgerlichen Presse eine „Klärung“ los. Hierzu haben wir zu bemerken: Niemals haben wir die „Alleinherrschaft“ erstrebt. Seit Jahren haben wir mit den Christen auf dem Vieh- und Schlachthof, wo sie Mitglieder haben, am Verhandlungstisch gesessen. Die Unternehmer aber versuchen uns zu diktiert, daß wir die Christen auch in den Branchen hinzuzuziehen hätten, wo sie bisher nicht beteiligt waren und auch kein einziges Mitglied haben; dagegen sollen die übrigen freien Gewerkschaften, wie Deutscher Berufsverband, Zentralverband der Maschinisten und Heizer und Zentralverband der Angestellten, vom gemeinsamen Vertrag ausgeschlossen sein.

Der von den Unternehmern vorgelegte Rahmenvertrag sah vor, den partiellen Arbeitsnachweis praktisch auszuscheiden. Daß wir als freie Gewerkschaft uns gegen ein solches Anfinnen wehren mußten, war eine glatte Selbstverständlichkeit. Man komme uns auch nicht damit, daß die Lohnfrage in diesem Kampfe so gar keine Rolle spiele.

Die Schreiben des Arbeitgeberbundes wie auch das „liebenswürdige“ Verhalten einzelner Firmen unseren Kollegen gegenüber haben uns in den Abwehrkampf gedrängt. Niemals hatten wir die Absicht, den Kampf in der ausgebreiteten Form zu führen, die ihm

der Arbeitgeberbund gegeben hat. Daß wir die Erweiterung des Kampfes nicht wollten, geht daraus hervor, daß, als die Unternehmer den Markt am Sonnabend, den 3. März, unter schärfstem Terror stilllegten, wir unsere Kollegen aufforderten, am darauffolgenden Markt alle die in Schutz zu nehmen, die Einkäufe tätigen wollten, und forderten durch ein Flugblatt auf, jede Arbeit, die ihnen auf dem Schlachthof angeboten würde, anzunehmen. Die Kollegen leisteten dem Folge. Der Markt wurde in der allerruhigsten Weise abgehalten, es war selbst kein Schupmann zu sehen, und die Engroschlächter ließen hierauf stillschweigend die Aussperrung, trotz Beschluß des Arbeitgeberbundes, ins Wasser fallen.

Was tat man nun? Nachdem die Aussperrung auf dem Schlachthof solch kläglichen Ausgang nahm, beriet man, wie man die Großschlachtermeister auf die Knie zwingen könnte. Das Mittel wurde gefunden. Am 14. März zwang man die Darmverwertungen auf dem Schlachthof, ihre Beute auszusperren. Unseren ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen wurde ausdrücklich erklärt, daß die Aussperrung nicht freiwillig erfolge, sondern daß den Darmverwertungen von Unternehmerseite gehorcht wurde, falls sie nicht aussperrten, würden sie von ihren Abnehmer, den Wurstfabrikanten, für die Zukunft kaltgestellt. Wer die Abhängigkeit dieser Firmen von den Engroschlächtern und Wurstfabrikanten kennt, wundern sich nicht über die erfolgte Aussperrung.

Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- und Bezirksamtmitglieder, Bürgerdeputierte! Versammlung

heute, Freitag, d. 16. März, abds. 6 Uhr, im Berliner Rathaus (Plenarsitzungsraum), Eingang Königstraße
 Tagesordnung: Wohnungsnot und Wohnungsbau
 Referent: Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt
 Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind hierzu eingeladen
 Das Bezirkssekretariat.

Wie aus der Arbeitgeberpresse hervorgeht, nahm einer der Führer der Engroschlächter, Herr Ladmann, an einer Versammlung der Berliner Innung teil und verlangte von den Ladenschlichtereien Solidarität. Mit welchen Mitteln der Mann dort operierte, darüber lassen wir die Fleischermeisterverbandszeitung sprechen. Sie berichtet:

„Dem Kollegen Ladmann wurde angeführt, daß der Zentralverband der Fleischer mit den Engroschlächtern, den Wurstfabrikanten, den Darmverwertungen und Hütverwertungen im Kampfe liege. Dieser Kampf drehe sich nicht um Lohn, sondern lediglich um Nachfristung. Es sei geplant, in allen Betrieben, soweit sie über 10 Angestellte beschäftigten, Betriebsräte einzusetzen und kleinere Betriebe bezirksweise durch einen Betriebsrat kontrollieren zu lassen.“

Von einer Unternehmerorganisation, die mit solchen Unwahrheiten operiert, kann man es schon verstehen, wenn sie in der Öffentlichkeit „Erklärungen“ erteilt, die den Tatsachen nicht entsprechen. Die Arbeitgeberblätter am Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium haben ihre Wirkung nicht auf unsere Veranlassung hin eingestellt, wie man es ganz besonders in der Arbeitgeberpresse hinzustellen beliebt. Jedenfalls haben sie in freier Entscheidung gehandelt, aus der Heberzeugung heraus, daß es für freie Arbeiter unmöglich sei, den Strick drehen zu helfen, mit dem freie Arbeiter gehängt werden sollen.

Nicht die Maßnahmen des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsangehörigen Deutschlands nötigten die Arbeitgeber zur Stilllegung der Großschlachtereien (die in der Praxis nicht mehr besteht, sondern durch Stilllegung der Darmverwertungen erneut erzwungen werden soll), sondern — und dabei bleibt es — die Preisbildung spielt bei der ganzen Geschichte die Hauptrolle. Bezeichnenderweise geht der Arbeitgeberbund an diesen von uns gemachten Feststellungen in seiner „Klärung“ vorbei.

Die Kommunisten spalten die Eisenbahner.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben: In der Ortsgruppe Berlin des DEB ist gegenwärtig eine bedauerliche Krise eingetreten. Die KPD, die schon längst die Parole an ihre Mitglieder herausgegeben hatte, ganz besonders die Eisenbahner an ihre Partei heranzubringen, hält gegenwärtig die Zeit für gekommen, die Parole in die Praxis umzusetzen. Naturgemäß muß von den Arrangements der Spaltung die Schuld auf die Gegenseite abgedreht werden. Das versucht die „Rote Fahne“ in Nr. 61, und ebenso tat dies Schmidtke in einer angeblichen Mitglieder-versammlung des DEB. In derselben Nummer bringt die „Rote Fahne“ drei Artikel über den DEB; als sie aber von der rechtmäßigen Ortsverwaltung aufgefordert wurde, eine wichtige Verbandsmitteilung in dieser Nummer zu veröffentlichen, da erklärte die Redaktion, sie müßte bedauern, da sie „Raummangel“ hätte.

Mit der den KPD-Verteuten eigenen Demagogie behaupten sie nun, die BSB-Eisenbahner hätten die Verleumdung hintertrieben. Die „Rote Fahne“ gibt Ausführungen des Gen. Klein wieder, deren Hauptteil sie aber unterschlägt. Klein führte nämlich aus:

„Wenn tatsächliche Gründe vorliegen gegen die bisherigen besoldeten Ortsverwaltungsmitglieder, wenn sie grobe Pflichtvergeßlichkeit, grobe Fehler, Unfähigkeit nachweisen, dann sind wir bereit, über jene Personen zu sprechen. Solange dieser Nachweis nicht geführt wird, bestehen wir darauf, daß diese Leute wiederum aufgestellt werden.“

Wer ist danach sachlich an die Wahl herangegangen? Die Antwort erteilte in dieser Besprechung Schmidtke deutlich: „Wir dulden nicht, daß drei BSB-Beute besoldete Posten einnehmen“. Das

Parteilich sollte ausschlaggebend sein, nicht die Befähigung, an der man bisher nichts aussetzen konnte. Es ist natürlich möglich, mit den Kommunisten über gewerkschaftliche Selbstverständlichkeiten zu streiten, daß ihnen das gewerkschaftliche ABC fremd ist. Leider treten die mordenden Gewerkschaftsmitglieder diesen Demagogen und Phantasten zu wenig mit Entschiedenheit entgegen, da sie es nicht der Mühe wert halten. Das aber ist verkehrt, da dadurch diese KPD-Anhänger und Rilläufer selbstbewußter werden.

Der oppositionelle Richter (Bedebour-Gruppe) sprach die Absichten der Opposition deutlich aus: „... ich will der Wahrheit die Ehre geben. Ich gebe bekannt, daß wir (KPD) eine Sitzung mit der KPD hatten, worin wir beschlossen haben, eine oppositionelle Liste aufzustellen“. Sowohl, die Einigung ist hintertrieben worden, und zwar von der Opposition. Ein Abnehmer, gebt den KPD-Demagogen die richtige Antwort, duldet nicht ihre organisationschädliche Arbeit.

Zur Lage der Bankangestellten.

Der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium hat am Dienstag einen Schiedspruch gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer abgegeben, wonach die Bankangestellten eine Nachzahlung von 18 Proz. auf das vorläufige Februarlohn von 15. Februar erhalten. Das endgültige Februarlohn gilt als vorläufiges Märzlohn. Die Haushaltszulage wird auf 12 000 M., die Kinderzulage auf 20 000 M. erhöht.

Eine Versammlung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, die gestern abend im Lehrervereinssaal tagte, nahm folgende Entschlüsse an: „Die Bankangestellten nehmen mit Entschiedenheit davon Kenntnis, daß die Unternehmer des Bankgewerbes als erste bei dauernd weiterfallenden Preisen den Lohnabbau durchzuführen wollen. Sie empfinden es als eine Schmach, daß sie vom Reichsverband der Bankangestellten bei diesem verwerflichen Verhalten unterfützt worden sind. Die Versammlung nimmt von diesem Verrat an der gefassten Arbeitnehmerenschaft mit Abscheu Kenntnis und beauftragt den Allgemeinen Verband, sich mit allen Mitteln dem Bestreben des Reichsverbandes der Bankleitungen entgegenzustellen.“

Zur Lohnbewegung in den Kupferschmiedereien.

Vom Verband der Kupferschmiede wird uns geschrieben: Die Löhne unserer Berufskollegen, deren Handwerk mit zu den schwersten Berufen rechnet, wo das Arbeiten mit Säure, der Kupferstaub und die sich beim Löten entwickelnden Gase äußerst gesundheitsgefährdend wirken, standen bisher immer an der Spitze der Berliner Löhne. Auch gegenüber den anderen Orten in Deutschland gehörten die Kupferschmiede in Berlin mit zu den bestbezahlten Handwerkern.

Seit Ende vorigen und speziell seit Anfang dieses Jahres hat sich dies wesentlich geändert. Ein im Januar gefällter Schiedspruch, der unsere Löhne bis Ende Januar festsetzte, machte es uns unmöglich, der in der zweiten Hälfte des Monats einsetzenden Teuerungswelle zu folgen. Die für den Monat Februar gewährte Lohnzulage konnte diesen Ausfall nicht wettmachen, daher kam es, daß die Löhne der Berliner Kupferschmiede ganz erheblich hinter den Löhnen ihrer Berufskollegen im übrigen Deutschland, ja sogar hinter den Löhnen ihrer Berufskollegen in den Provinzstädten der Provinz Brandenburg zurückgeblieben sind.

Die von uns den Arbeitgebern für den Monat März eingereichte Forderung wurde uns unter Berufung auf den WBR abgelehnt und beantwortet. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß erklärte der Syndikus unserer Arbeitgeberorganisation, er könne die Annahme des Schiedspruches in Höhe von 20 Prozent, der unseren Kollegen einen Lohn von 1584 M. in der Spitze gebracht hätte, dem WBR gegenüber nicht beantworten. Also nicht sachliche Gründe sind für die Ablehnung maßgebend, sondern die Verantwortung gegenüber dem großen Bruder, dem WBR.

Unsere Herren Arbeitgeber, die während des ganzen verfloßenen Jahres eine außerordentlich günstige Hochkonjunktur zu verzeichnen hatten und, da 75 Prozent der fertigen städtischen Arbeiten Exportware war, ganz außerordentliche Gewinne eingefest haben, werden erleben müssen, daß diese Lohnpolitik eine falsche war. Nun sie tragen die Schuld, wenn es in unserem Berufe zum Konflikt kommt.

Achtung Holzarbeiter! Bei der Firma Dree, Stalitzer Str. 104, sind Differenzen ausgebrochen, welche zur Arbeitsniederlegung führen. Die Firma ist besonders hartnäckig und weigert sich, die tariflichen Abmachungen, welche zwischen den beiderseitigen Organisationen getroffen wurden, zu erfüllen.

Der Betrieb ist für organisierte Holzarbeiter gesperrt!

Der Schiedspruch in der chemischen Industrie. Der Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie hat folgenden Schiedspruch gefällt: In der Ortsklasse A, Fachgruppe II, beträgt der Spitzenlohn der über 20jährigen männlichen Arbeiter vom 6. März ab 1400 M. Die Löhne der übrigen Fachgruppen, Ortsklassen, Kategorien und Altersklassen werden in der bisherigen Form prozentual berechnet. Die Lohnabstufen können ab Montag, den 19., auf dem Bureau des Verbandes der Fabrikarbeiter, Engelauer 24/25, abgeholt werden.

Der Bergarbeiterstreik im Ostauer Revier der Tischschloßwarei umfaßt rund 41 000 Arbeiter. Der tägliche Wertverlust beträgt 7 436 000 M. Vermittlungsverhandlungen, die von der Regierung eingeleitet waren, sind gescheitert. Die Lage ist deshalb wirtschaftlich besonders ernst, weil infolge der Ausdehnung der Kohlen- und Holzmarkt in der Tischschloßwarei einen erheblichen Aufschwung genommen hatte.

Deutscher Verkehrsband. Spektationsbrände. Montag abend 6 1/2 Uhr Brandversammlung bei Boetzer, Weberstr. 17. Mitgliedsbuch legitimiert.

Branchenrat für den bezahl. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Angewandte: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Blatt 1. Berliner.

A. Wertheim

Leipziger Straße
Königstraße
Rosenthaler Straße
Moritzplatz
Soweit Vorrat!

Burnus

das neue organische
Wäsche-Einweichmittel
Patrone 270 M. — Verkauf am Seitenlager

Gemüse	
Zw. ebeln	Pfund 40 M
Sellerie	Pfund 40 u. 60 M
Mohrrüben	Pfund 55 u. 90 M
Kohlrüben	Pfund 65 u. 90 M
Rote Rüben	Pfund 70 M
Weißkohl Holsteiner	Pfund 150 M
Wirsingkohl Holländer	Pfund 210 M
Teltower Rübchen	Pfund 210 M
Kartoffeln	10 Pfund 500 M

Frisches Fleisch	
Rinderkamm u.-Brust	Pf. 2800 M
Roastbeef mit Knochen	Pfund 3200 M
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 3200 M
Gehacktes Fleisch	Pfund 3100 M
Schweinebauch	mit Collage, Pf. 3500 M
Schweineblatt	mit Collage, Pf. 3500 M
Schweinerücken	mit Collage, Pfund 3500 M
Schweineschinken	m. Coll. Pf. 3500 M

Kolonialwaren	
Kartoffelmehl	Pfund 600 M
Haferflocken	Pfund 8 0 M
Maispuder	Pfund 800 M
Nudeln	Pfund 9 0 M
Weizengries	Pfund 970 M
Weiß Bohnen	Pfund 89 M
Backobst gemischt	Pfund 920 M
Stücknapfel geschält	Pfund 1600 M
Erbwürste Stück	ca. circa 150 gr. 350 M

Gehr. Kaffee	Pfund 10 400 M
Tafel-Margarine	Pfund 2900 M
Schweineschmalz	Pfund 3550 M

Kaninchen gestreift, ohne Kopf und Beine, gefroren	Pfund 1120 M
Kräuter-Käse große	Stück 425 M
Camembert-Käse	Schachtel 725 M
Steinbuscher Käse	Pfund 4000 M
Tilsiter Käse feiner	Pfund 4300 M

Corned-Beef	Pfund 3200 M
Dorsche	Pfund von 300 M an
Grüne Heringe	große, Pfund 340 M

Berliner „Demokraten“!

Gegen den Märzgefallenen-Denkstein. — Für die „Königsplatz“-Rettung.

Eine eigenartige Vorfeier des 18. März war die gestrige Stadtverordnetenversammlung. Über den vor vier Monaten eingebrachten Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, der für den Friedhof der Märzgefallenen eine würdige Ausstattung und vor allem einen Denkstein forderte, wurde endlich Beschluß gefaßt. Im Ausschuß hatten die Bürgerlichen den Antrag abgeschwächt und den Denkstein gestrichen, aber unsere Genossen verdrängten gestern, durch einen Zusatzantrag diese Hauptforderung wieder in ihr Recht einzusetzen. Bei der entscheidenden Abstimmung erlebte man das beschämende Schauspiel, daß gegen den Denkstein mit dem Bürgerblock auch die Demokraten stimmten. Die Nachkommen jener Männer, die 1848 auf den Barrikaden standen! Es war nur folgerichtig, daß nachher auch der sozialdemokratische Antrag auf Umbenennung des „Königsplatzes“ in „Platz der Republik“ von den nachkommenden Demokraten in treuer Gemeinschaft mit allen anderen Bürgerlichen niedergestimmt wurde. Die Linke brandmarkte dieses Verhalten durch stürmische Pfui-Rufe, während die Deutschnationalen über die Rettung des „Königsplatzes“ mit jubelndem Beifall quittierten. — Im ersten Teil der Sitzung führte die wichtige Magistratsvorlage über die Neuorganisation der Werke zu einer längeren Aussprache. Genosse Reuter betonte, daß der Stadtgemeinde ihre Werke erhalten bleiben müssen. Gerade durch die vorgeschlagene Neuorganisation wird den gegenteiligen Plänen der bürgerlichen Parteien entgegengetrieben. Die Vorlage soll im Ausschuß beraten werden. Angenommen wurde der die Volkspeisung betreffende sozialdemokratische Antrag, den Genossen Supte mit Wärme vertrat.

Zur gestrigen Sitzung war der Antrag der Sozialdemokraten auf Umbenennung des Königsplatzes in „Platz der Republik“ wieder eingebracht worden. Auf Antrag des Gen. Czerninski wurde ohne Widerspruch beschließen, die Beratung vorwegzunehmen; eine Diskussion fand nicht mehr statt, die Abstimmung sollte später zusammen mit den übrigen noch ausstehenden Abstimmungen erfolgen. — Zwei Dringlichkeitsanträge der D. Sp. und der Dnat., die die Aufhebung der neuesten Werttarifierhöhungen fordern, wurden in einen Ausschuß verwiesen, der auch den Antrag der Dnat., betr. die Straßenbahntarif-erhöhung, und den Antrag der Soz., betr. die Regelung der Wasser-messermiete für Kleinfrieder beraten soll. — Die Beschwerde der Kommunisten über die Verzögerung der Auszahlung der Teuerungszuschläge an die städtischen Beamten und Lehrer wurde, nachdem Gohs sie begründet, vom Stadtsyndikus Lange dahin beantwortet, daß es sich dabei um sieben Milliarden gehandelt habe, einen Betrag, den man nicht von heute auf morgen flüssig machen könne, daß es aber doch gelingen sei, die erste Hälfte schon am Tage der Zahlungsmächtigung, 17. Februar, die zweite am 22. Februar auszuzahlen. — Darauf erledigte die Versammlung eine lange Reihe von Vorlagen in erster Beratung. Für die Ge-
bührenordnung für Wohnungsovermittlung, für die Abführung der Baukostenübersteuerung durch Erhöhung der Wohnungsbauabgabe, und für die kommunis-tischen Anträge betr. die neuesten Wertsteigerungen und die Wohnungsfürsorge wurde ein Ausschuß eingesetzt. — Eine längere Auseinandersetzung führte die Magistratsvorlage, betr.

Neuorganisation der städtischen Werke

herbei. Es wird darin nach den Vorschlägen der niedereinstehen gemischten Deputation die Bildung einer G. m. b. H. „Berliner Stadtwerke“ als Muttergesellschaft empfohlen; als Tochtergesellschaften m. b. H. sollen die einzelnen städtischen Werke konstituiert werden. Fabian (Dnat.) beklagte, daß in dieser so hochwichtigen Frage eine ungeheure, kaum noch nachzuholende Versäumnis zu verzeichnen ist; zwei Jahre seien ungenutzt geblieben. Die städtischen Werke würden nicht eher wieder in vernünftige Ordnung kommen, als bis die besonders im letzten Jahre aufgetretenen politischen Einflüsse gänzlich zurückgedrängt seien. Einverstanden war der Vertreter der Rechten damit, daß der Besitz der

Werke der Stadt verbleiben, und nur der Betrieb auf die G. m. b. H. übergehen soll. Er beantragte, die Vorlage mit den Vertragsentwürfen einem Ausschuß von 25 Mitgliedern zu überweisen. Der Demokrat Brenzel sah das Heil ebenfalls nur darin, daß an die Stelle des politischen Einflusses das Sachverständnis tritt; er plädierte für gründliche Umgestaltung des Gesellschaftsvertrages und sprach sich grundsätzlich auch für den Verzicht der Stadt an dem Eigentumsrecht aus. Gen. Reuter erklärte die Zustimmung der Partei zur Herbeiführung einer anderen Rechtsform für die Bewirtschaftung der Werke, gab aber zugleich den Herren rechts mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu verstehen, daß die Elemente, die die hemmenden politischen Einflüsse ausübten, gerade in den Kreisen zu suchen sind, die darüber am meisten interessiert. Unter „Sachverständnis“ scheint man rechts das Interesse an der Abstoßung städtischen Besitzes zu verstehen. Von bürokratischen Hemmnissen müßten die Werke befreit werden, aber

der Besitz müßte der Stadt erhalten bleiben.

An diesem Grundlag werde der Ausschuß nicht mehr rütteln; nach Jahrzehnten werde die Bevölkerung ihrer heutigen Vertretung danken, daß sie ihr diesen Sachbesitz, diese Goldwerte erhalten hat. Hallensleben (D. Sp.) sagte der Vorlage nach, sie habe eine schwere Enttäuschung bereitet. Ihre Konstruktion der G. m. b. H. sei nicht annehmbar, denn sie mache den Magistrat souverän und schalte die Versammlung aus; auch werde auf diesem Wege die wirtschaftliche Verfeinerung der Werk nicht erreicht. Nach Herrn Dörr (Komm.) kam dann auch Richard Kunze wieder mit seinen demagogischen Tiraden. Schließlich wurde die Ausschluß-beratung beschloßen.

Um 7 Uhr gingen die zurückgestellten Abstimmungen

vor sich. Der Antrag des Zentrums, einen hervorragenden Platz mit dem Namen „Platz der Republik“ zu bezeichnen, wird abgelehnt. Gegen die Linke und das Zentrum fällt der Antrag der Dnat., über die Umbenennung der Straßen mit mehrfach vorkommenden Namen zunächst die Bezirksämter zu fragen, sowie der Antrag derselben Fraktion, die Beschlüsse der Versammlung vom Juni 1921 über Umbenennung nicht zur Ausführung zu bringen. — Zum Ausschlußbeschlusse für den Friedhof der Märzgefallenen: „Den Magistrat zu ersuchen, baldigst eine Vorlage zu machen, wie der Friedhof der Märzgefallenen dauernd in würdigem Zustande zu erhalten ist“, hat Genosse Kanjer den Zusatz beantragt: „Hierzu gehört insbesondere auch die Anbringung einer angemessenen Umwehrung mit entsprechendem Eingangstor, und innerhalb der Umwehrung ein einfacher Denkstein mit Inschrift“. Dieser Zusatz wird mit 101 gegen 92 Stimmen abgelehnt; darauf gelangt der Ausschlußantrag mit großer Mehrheit zur Annahme.

Der sozialdemokratische Antrag, den Königsplatz in „Platz der Republik“ umzubenennen, fällt mit 101 gegen 95 Stimmen (Pfursufe links, Bravorufe rechts).

Für die Teilnahme an der städtischen Volkspeisung hat der Magistrat neue Einkommensgrenzen festgesetzt: Die unentgeltliche Abgabe des Essens der Volkspeisung erfolgt nach Prüfung, wenn das Einkommen der einzelnen Person 8000 M. monatlich nicht übersteigt; die Abgabe für die Hälfte des jeweiligen Preises, wenn das Einkommen 16000 M. nicht übersteigt. Dazu befürwortete Gen. Supte einen Antrag, „den Magistrat zu ersuchen, die unentgeltliche Abgabe auf Antrag und nach Prüfung an alle Personen, deren monatliches Einkommen die vom Reich für Klein- und Sozialrentner jeweils festgesetzte Einkommensgrenze nicht übersteigt, eintreten zu lassen“. — R a r o k i (Komm.) verlangte die unentgeltliche Herabgabe an alle Personen, die ein Einkommen in Höhe der jeweiligen Erwerbslosenunterstützung haben.

Stadtrat Hingz widersprach letzterem Antrage, der in seinen Konsequenzen pro Tag 75 Millionen Mark kosten würde, und hatte auch gegen den Antrag der Soz. große finanzielle Bedenken. — Nach Ablehnung des komm. Antrags fand der Antrag der Soz. eine Mehrheit.

Der Antrag der Kommunisten vom 1. März d. J. „Der Magistrat wird beauftragt, beim Berliner Polizeipräsidenten Richter die Auf-

hebung des kleinen Belagerungszustandes zu fordern“, wird angenommen, wobei die Dnat. zunächst sich der Stimmgabe enthalten und dann dafür stimmen.

Die Anfrage des Komm. Gähel, ob der Magistrat bereit ist, die Gefahren zu beseitigen, die sich für die Mieter aus der Gasabsperrung ergeben, wenn die Gaswerke im Falle der Nichtbezahlung der Rechnungen seitens der Hauswirte eine solche verhängen, beantwortet Stadtrat Weise dahin, daß dem Magistrat eine direkte Einflußnahme auf die zwischen Gaswerken und Hauswirten bestehenden Verträge nicht zusteht.

Nach Erledigung einer langen Reihe weiterer kleiner Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung gegen 9 Uhr.

Der Stadthaushalt für 1923.

Vorläufige Bestimmungen.

Der Haushaltsplan für 1923 wird erst nach Beginn des neuen Rechnungsjahres festgesetzt sein. Somit müssen vorläufige Bestimmungen für die Haushaltswirtschaft getroffen werden. Da der Haushaltsplan der Einheitswirtschaft wegen nach dem Geldwerte vom 1. Oktober 1922 aufgestellt worden ist, müssen die vorläufigen Bestimmungen der seit diesem Zeitpunkt eingetretenen sehr beträchtlichen Geldentwertung Rechnung tragen. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, zu beschließen: Bis zur endgültigen Feststellung des Haushaltsplans für 1923 findet folgende Regelung der Haushaltswirtschaft statt:

A. Laufende Ausgaben für das Vierteljahr April bis Juni 1923 können bis zur Höhe eines Viertels des Jahresausgabebelags für 1923 geleistet werden. Als Jahresausgabebelag für 1923 gilt der auf den Stand vom 1. März 1923 erhöhte Ausgabeansatz in dem von der zentralen Finanzverwaltung geprüften Haushaltsentwurf für 1923. B. Die außerordentliche Verwaltung und die bei der ordentlichen Verwaltung für einmalige Ausgaben angelegten Mittel dürfen ohne Genehmigung der Gemeindebehörden nur in Anspruch genommen werden, wenn der Jahresansatz in dem von der zentralen Finanzverwaltung geprüften Haushaltsentwurf (Stand vom 1. Oktober 1922) die Summe von 100 000 M. nicht übersteigt. Die hiernach freigegebenen Ausgabeansätze sind gleichfalls nach dem Stande vom 1. März 1923 umzurechnen. C. Von der Beschränkung werden nicht betroffen: Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen und auf einen längeren Zeitraum im voraus fälliger Verbindlichkeiten. D. Für Zwecke für die weder durch den Haushaltsplan 1922 noch im Laufe des Rechnungsjahres 1922 von den städtischen Körperschaften Mittel bereitgestellt sind, dürfen Ausgaben nur mit Zustimmung der Gemeindebehörden geleistet werden.

Das Kinderelend.

Wichtige Angaben über die Wohnungsnot in Deutschland hat eine auf Anregung der Quäker in Berlin-Pankow ausgeführte Gemeindeforschungs-Umfrage geliefert. Danach ergibt sich, daß nur 24 Prozent aller Kinder ein Bett für sich allein haben (im Jahre 1907 immerhin noch 33 Prozent), 71 Prozent schlafen zu zweit, 5 Prozent (im Jahre 1907: 3,5 Prozent) zu dritt, 47 Prozent wohnen in Hinterhauswohnungen, 26 Prozent in Ein- und Zweizimmerwohnungen. Von diesen wird aber vielfach das eine Zimmer mit Küche obvermietet oder die Küche ist infolge Teilung der Wohnung weggefallen. Bei 13,7 Prozent der Kinder wohnen Familienfremde in der Wohnung, und zwar je mehr Kinder, um so mehr Fremde mußten aufgenommen werden, so daß in zehnköpfigen Familien die Zahl der Fremden mehr als ein Drittel der Kindergemeinde betrug. Beachtet man diesen kleinen Ausschnitt aus der allgemeinen Not und zieht die ungeweitere Verteuerung und Verschlechterung der Nahrung und Kleidung in Betracht, so werden auch folgende Ziffern erklärlich: von den 485 000 Kindern Berlins sind 29 000 tuberkulös, 77 000 krank, 120 000 unterernährt. Die Kindersterblichkeit (zwischen 5 und 15 Jahren) hat 1914 25 730, im Jahre 1918 50 391 betragen.

Eine Fiskerschule in Sacrow. Schon lange bestand in Fiskertreien der Wunsch, für die Ausbildung von Fischern eine geeignete Lehranstalt zu besorgen. Der ehemalige „Jägerhof“ am Einfluß der See hat jetzt dazu Verwendung gefunden. Neben der Einführung in die praktische Fischerei sollen die jungen Leute in die Gewässerpflege eingeführt werden, wie sie von hervorragenden Praktikern gefordert werde. Für die Ausbildung in der Handfertigkeit ist eine große und modern eingerichtete Werkstatt vorhanden.

(Nachdruck verboten. Der Markt-Bericht, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

62] Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumpert.

3.
Henslowe goß Wein aus einem braunen, irdenen Krug in die Gläser, in denen er hellrot glühterte. Andrews lehnte sich in seinem Stuhl zurück und schaute mit halbgeschlossenen Augen auf den Tisch mit seinem weißen Tisch Tuch, auf dem kleine verbrannte Brotstückchen ausgestreut waren, und durch die Fenster auf den Platz draußen, wo zitterengelbe Gaslampen spärliches Licht gossen, und auf die dunklen Giebel der kleinen Häuser, die draußen herumhockten. An einem Tisch an der Wand gegenüber saß ein lahmer Junge mit weißem, bartlos Gesicht und sanften, dunkelfarbigen Augen, nahe bei dem Mädchen, das um ihn war und das nie die Augen von seinem Gesicht ließ. Ein Ofen summete leise in der Mitte des Raumes, und aus der halbgeöffneten Küchentür kam rötliches Licht und das Zischen einer Bratpfanne.
„Ich möchte reisen“, sagte Henslowe und dehnte die Worte schlaftrig aus. „Abessinien, Patagonien, Turkestan, Kaukasus, irgendwohin und überall hin. Was sagst du dazu, wenn du und ich nach Neuseeland gingen und Schafe züchteten?“
„Aber warum nicht hierbleiben? Nichts kann so schön, so wundervoll wie das hier sein.“
„Ich werde auf 'ne Woche nach Neuguinea fahren. Ich kann nirgendwo mehr bleiben. Es ist mir jetzt im Blut, nach all diesem Mord. Der Krieg hat einen Wanderer aus mir gemacht, einen Abenteurer.“
„Gott, ich wünschte, er hätte aus mir auch so 'was Interessantes gemacht.“
„Binde an deinen Strümpfen einen Felsen fest und schmeiß das Ganze von der Pont Reuf hinunter in die Seine. O, Junge, das ist ja jetzt geradezu das goldene Zeitalter, so nach eigenem Belieben leben zu können!“
„Du bist noch nicht aus der Armee 'raus?“
„Meine Sorge. Ich trete ins Rote Kreuz ein.“
„Wie?“
„Weiß schon, wie das zu machen ist.“
„Wenn du mir sagst, wie ich aus diesem Heer 'rauskomme, wirst du mir wahrscheinlich das Leben retten“, sagte Andrews ernst.

„Es gibt zwei Wege. Aber ich werde dir später davon erzählen; sprich mir über etwas Wichtigeres. Du schreibst Musik?“

Andrews nickte und lehnte sich dann in seinen Stuhl zurück.

„Es ist wunderbar ruhig und weich hier“, sagte er. „Man vergißt so leicht, daß es überhaupt Freude im Leben gibt.“

„Es ist eine Zirkusparade.“

„Hast du schon etwas Trostloferes als eine Zirkusparade gesehen? Das ist einer jener Biß, bei denen man nicht lachen kann.“

„Justine, noch eine Flasche Wein“, rief Henslowe.

„So, du kennst ihren Namen?“

„Ich lebe hier.“

Justine mit ihren roten Händen, die so viel Geschirr abgewaschen hatten, von dem andere Leute gut gegessen hatten, setzte einen roten Hummer auf den Tisch nieder.

„Weißt du“, sagte Andrews plötzlich, schnell und erregt sprechend, während er sich das unordentliche Haar aus der Stirn strich, „ich hätte nichts dodegen einzuwenden, am Ende eines Jahres erschöpfen zu werden, wenn ich die ganze Zeit hier leben könnte mit einem Klavier und einer Million Blatt Rotenpapier. . . Es würde sich schon lohnen.“

„Aber das hier ist in ein Platz, um zurückzukehren. . . Stell dir nur vor. . . hierher zurückkehren von dem tibetanischen Hochland, wo du fast ertrunken bist und kalpiert wurdest und die Tochter eines afghanischen Häuptlings geliebt hast, die sich die Lippen immer rot einschmierte, so daß ein süßer Geschmack blieb, wenn man sie viel geküßt hat.“

Henslowe strich leicht über seinen kleinen, braunen Schnurrbart.

„Über welchen Wert hat es, die Dinge nur zu sehen und zu fühlen, ohne sie ausdrücken zu können?“

„Welchen Wert hat es überhaupt, zu leben? Nur um des Spases willen, Mann, verflucht noch 'mal.“

Sie starrten beide schweigend aus dem Fenster in den Nebel, der sich dicht dagegen gelagert hatte wie Baumwolle, nur weicher und mit einer grünlich goldenen Farbe.

„Die Militärpolizisten werden uns die Nacht nicht kriegen“, sagte Henslowe und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Zum Donnerwetter noch 'mal. Erinnerst du dich an den Mann, der die Weinstocke zerbüß? Der gab um nichts was. Und du sprichst von Ausdrücken. Warum drückst du das nicht aus? Ich denke, das ist der Wendepunkt meines

Lebens. Das ließ dich ja nach Paris kommen. Du kannst es nicht ablegen.“

Sie lachten beide laut. Andrews versuchte, mit den blassen Biotettaugen des lahmen Jungen und den dunklen Augen des Mädchens Kontakt zu bekommen.

„Wollen ihnen davon erzählen“, sagte er noch lachend, und sein Gesicht, das nach den Monaten im Hospital noch immer blutlos war, rötete sich plötzlich.

„Salut!“ rief Henslowe, wandte sich um und erhob das Glas. „Wir lachen, weil wir vom Rotwein blau sind!“

Dann erzählte er ihnen von dem Mann, der Glas gegessen hatte. Er stand auf und erzählte gestenreich und langsam, mit seiner gedehnten Stimme. Und Justine lächelte.

„Und ihr lebt hier?“ fragte Andrews, nachdem sie alle gelacht hatten.

„Immer. Nur selten gehe ich in die Stadt. Es ist so schwierig. Mein linkes Bein ist ganz abgestorben!“

Er lächelte wie ein Kind, das von einem neuen Spielzeug erzählt.

„Und du?“

„Wie könnte ich wo anders sein“, antwortete das Mädchen. „Es ist ein Unglück, aber es ist so.“

Sie schlug mit der Krücke auf den Boden und machte ein Geräusch, als ob jemand damit ginge. Der Junge lachte und legte den Arm fester um ihre Schulter.

„Ich möchte gern hier leben“, sagte Andrews einfach.

„Warum tun Sie es nicht?“

„Aber siehst du denn nicht, daß er Soldat ist?“ flüsterte das Mädchen.

Der Junge runzelte die Stirn.

„Er ist es sicher nicht aus freien Stücken“, meinte er.

Andrews schwieg. Unfassbare Scham ergriff ihn vor diesen Menschen, die nicht begreifen konnten, daß man sich der Schmach des Soldatseins beuge.

„Die Griechen pflegten zu sagen“, meinte er bitter und brauchte ein Wort, das ihm schon lange im Sinn gelegen hatte, „daß, wenn ein Mann Sklave wird, er am ersten Tage die Hälfte seiner Tugend verliert.“

„Wenn ein Mann ein Sklave wird“, wiederholte der Lahme sanft, „verliert er am ersten Tage die Hälfte seiner Tugend.“

„Wozu Tugend? Wir brauchen Liebe“, sagte das Mädchen.

„Ich habe deine Tomaten gegessen, Freund Andrews“, warf Henslowe ein, „Justine wird uns noch welche geben.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Gutachten über die Bismischerinnen.

Einen bedeutenden Raum in dem Prozeß Klein-Rebbe nahmen heute erfolgenden, mit Spannung erwarteten Gutachten der medizinischen Sachverständigen ein, die von Sanitätsrat Dr. Juliusberger, Sanitätsrat Dr. Rognus Hirschfeld, Gerichtsmedizinalrat Dr. Thiede und Sanitätsrat Dr. Poppmann erstattet wurden.

Zunächst behauptete der Sachverständige Bränning, daß die chemische Untersuchung der Leichenteile des verstorbenen Klein erhebliche Mengen Arsenik festgestellt habe. Auf Befragen des Staatsanwalts bekräftigte der Sachverständige, daß dem Klein kurz vor dem Tode so große Mengen Gift zugeführt worden seien, daß damit mehrere Menschen getötet werden könnten. Es entspinnt sich darauf eine lange Auseinandersetzung darüber, ob der Zeuge Rebbe infolge einer ärztlichen Kur arsenikhaltige Medikamente gebraucht hat. — Der Zeuge Rebbe will davon nichts wissen, während seine Frau und seine Schwiegermutter, die beiden Angeklagten, behaupten, daß sie ein Rezept gesehen hätten, das gegen eine schwere Geschlechtskrankheit angewendet werden sollte, wie ein Apotheker der Frau Rebbe gesagt habe. Der Zeuge Rebbe bestreitet das entschieden.

Das psychiatrische und legalpathologische Gutachten gestaltet sich nicht einheitlich. Allerdings waren alle Sachverständigen darin einig, daß beide Angeklagten eine durch erbliche Belastung bedingte Beschranktheit aufweisen. Insbesondere liege bei der Frau Klein eine geistige und körperliche Entwicklungshemmung vor, die sich selbst bis auf die inneren Geschlechtsorgane erstreckt. Einig waren die Sachverständigen im großen und ganzen auch über das Vorhandensein einer

homosexuellen Anlage bei beiden Angeklagten.

die allerdings in höherem Maße bei der Rebbe beweisbar sei. Die letztere sei der aktiver männliche Teil. Daraus entspringe das Hörigkeitsverhältnis, in dem zu ihr die Klein gestanden habe. Endlich ergaben sich auch keine weitgehende Differenzen in der Beurteilung des häufigen Schreibens der Briefe und deren Aufbewahren. Wenn Sanitätsrat Dr. Poppmann es auch mehr als etwas harmlos Beschäftigungsmittel hingestellt war, so muß er schließlich doch zugeben, daß das Aufbewahren der Briefe die Unfähigkeit, sich von ihnen zu trennen, trotzdem das Bewußtsein der Gefährlichkeit solcher eines Gebarens vorhanden war, ein bedenkliches Zeichen bilde. Um so größer war der Widerstreit der Meinungen in der Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit aus dem § 51 des Strafgesetzbuches heraus. Sanitätsrat Dr. Otto Juliusberger verlegte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die krankhafte Störung des Trieblebens. Beide Angeklagten standen im Banne überwertiger Ideen des Hasses zu ihren Männern, der Liebe zueinander. Es handle sich hier um gesteigerte Kraftzufuhr zu gewissen sexuellen Gebilden krankhafter Natur. Die Frage ist, ob diesen weit über die Norm gesteigerten Gefühlsmomenten ein Gegengewicht entgegengestellt werden konnte, das als freie Willensbestimmung bezeichnet wird. Bei dem psychischen Infantilismus der Angeklagten, bei der krankhaften Störung ihres Gefühlslebens kann ein vorläufiger und gewissenhafter Seelenarzt unmöglich sagen, ob der § 51 zutrifft oder nicht. Also bleibt ein direkter Zweifel bestehen. Sanitätsrat Dr. Rognus Hirschfeld unterzog die sexuelle Seite des Seelenlebens der Angeklagten einer ausführlichen Analyse. Er fand, daß die homosexuelle Natur beider mit dazu beitragen mußte, daß sie einen unwiderstehlichen Ekel gegen ihre Ehemänner empfanden. Das Verhängnisvolle lag darin, daß die Eltern zweimal, irreführend durch das Schlagwort „die Frau gehöre zum Manne“ die Angeklagte Klein zur Rückkehr zwangen, während

die Natur sie weder zur Ehefrau noch zur Mutter bestimmt hat.

Wenn man auch nicht die Liebe, die selbst über die Leiche des Mannes zu gehen bereit ist, entschuldigen kann, so muß doch zugegeben werden, daß die Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten bei ihrer geistigen Defektheit in Verbindung mit ihrer gleichgeschlechtlichen Veranlagung stark vermindert war, und sie gleichsam wie unter einer fixen Idee gehandelt haben. Auf Drängen der Verteidiger mußte Dr. M. Hirschfeld zugeben, daß auch der Standpunkt Dr. D. Juliusbergers nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Auf einen schroff entgegengesetzten Standpunkt stellt sich der Sanitätsrat Dr. Poppmann. Seiner Ansicht nach komme § 51 unter keinen Umständen in Frage. Die krankhaften Anteile des Seelenlebens beider Angeklagten waren durchaus nicht so zwingend, daß sie nicht hätten anders handeln können. Die normalpsychologische

Notulierung des Hasses gegen die Männer und die leidenschaftliche Liebe zueinander reihen aus, um den überlegten Mord zu begehen. Das Vorhandensein des pathologischen Bodens, auf dem diese Leidenschaftlichen stießen, ändere daran nichts. Allerdings mußte die Überlegungsfähigkeit stark herabgemindert sein, also bestände verminderte Zurechnungsfähigkeit. Soweit die Sachverständigen. Die Schlüsse aus diesen Gutachten werden nun die Geschworenen zu ziehen haben.

Mordprozeß Obendorf.

Ein Rückfall in Kannibalismus.

Vor dem Schwurgericht des Sondergerichts I begann vorgestern der Mordprozeß Obendorf und wurden gestern in später Abendstunde zu Ende geführt. Obendorf wurde beschuldigt, seine Geliebte Anna Wrobel ermordet, zerstückelt und sogar Teile ihrer Leiche in gebrochenem Zustand genossen zu haben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Totschlags unter Zustimmung mildernder Umstände schuldig. Das Gericht verurteilte Obendorf zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Es wurden ihm 17 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte nahm das Urteil sofort an.

Ueber die Verhandlung ist folgendes zu berichten. Der Angeklagte Obendorf widerrief in der Verhandlung sein früheres Geständnis, das mit seinen grausigen Einzelheiten dazu geführt hatte, daß man in ihm einen zweiten Grobmann zu sehen vermeinte. In der früheren Verhandlung waren Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit entstanden, die ihn vorübergehend zur Beobachtung ins Irrenhaus geführt hatten. In der Verhandlung verteidigte sich Obendorf mit einem großen Wortschwall. Er habe sich in Wahrheit befunden und habe nie die Absicht gehabt, seine Geliebte, Anna Wrobel, zu töten. Er sei von ihr bis auf das Blut gereizt worden. Als sie von einem Tanzlokal nach Hause zurückgekehrt waren, habe sie ihn mit einem Holzspannstoß ins Gesicht geschlagen, so daß er sie dann in Notwehr niedergeschlagen habe. Erst hinterher habe er, erschreckt über seine Tat, bestritten, die Leiche beiseite zu schaffen und habe sie zu diesem Zweck zerstückelt.

Die Sachverständigen, Gefängnisarzt Dr. Hirsch und Dr. Hesse von der Irrenanstalt Herzberge, gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte wohl minderwertig, aber voll für seine Tat verantwortlich zu machen sei. Staatsanwaltschaftsrat Richter sah auf Grund der Beweisaufnahme die Anklage wegen Mordes fallen und beantragte, auf schuldig des Totschlags unter Verlegung mildernder Umstände zu sprechen. R. A. Dr. Finkler bestritt, daß die Tötungsabsicht erwiesen sei. Es sei nur erwiesen, daß im Verlauf von Streitigkeiten der Angeklagte in linkester Wut zum Teil gegriffen und seine Geliebte niedergeschlagen habe. Obendorf sei ein Mensch, der äußerst schwer erlich belastet sei. Er sei deshalb mit milderem Maßstab zu messen, als ein normaler Mensch. Der Verteidiger bat, dem Angeklagten gerechterweise mildernde Umstände nicht zu verlesen. Das Urteil erging wie oben mitgeteilt.

„Störende Wünsche“.

Neben vielen Nachbewilligungen hatte die Bezirksoberkommission XII (Städt. Lichterfeld, Pantwitz) einen demokratischen Antrag auf Beschaffung der Reichsfahnen für die Schulen zu beraten. Die Deutschnationalen lehnten den Antrag mit vielen Ausreden ab; sie brachten wohl nicht recht den Mut auf, gerade jetzt ihre Herzensliebe zu offenbaren. Um so ungenierter benahm sich ausgerechnet die Deutsche Volkspartei, sie kämpfte in geschlossener „Einheitsfront“ mit den Deutschnationalen. Sogar das Zentrum marschierte mit gegen die Republik. Der erfahrene Wortführer der Deutschen Volkspartei, der stellvertretende Direktor Morgenstern vom Lichterfelder Schüler-Gymnasium, begründete die Ablehnung der Reichsfahnen u. a. damit, daß man in so schwerer Zeit besser nicht mit solch „störenden Wünschen“ komme. Unser Genosse nahm diesen eigenartigen auf die Republik verächtlichen Schulmann gegen die Reichsfahnen entsprechend vor. Aber es nützte alles nichts: Die Einheitsfront gegen die Republik blieb unerschütterlich, der demokratische Antrag wurde mit den Stimmen der Volkspartei, des Zentrums (Reichstagsabgeordneter Korthaus) und der Deutschnationalen abgelehnt.

Früher war es für diese Gesellschaft „störend“, wenn irgend jemand die Republik wünschte. Heute empfinden sie es als ebenso

„störend“, wenn für eine Schule nur das Zeichen der Republik beschafft werden soll. Dann muß „geparnt“ werden. Vielleicht erleben wir noch den Tag, an dem ein Antrag, der die Beschaffung einer schwarzweißen Fahne fordert, in einer Bezirksoberkommission mit „echt deutscher“ Mehrheit angenommen wird. Sicherlich wäre das schon längst irgendwo geschehen, wenn man sich nicht auf den hinlänglich bekannten „Boden der Tatsachen“ gestellt hätte und wenn man nicht doch noch gezwungen wäre, gewissen „störenden“ Tatsachen Rechnung zu tragen.

Eine Oelfeld von Menzel ist in der Akademie der Künste am Pariser Platz während der Besuchszeit gestohlen worden. Das Bild mit schwarzem, etwa vier Zentimeter breitem Rahmen war etwa 34 Zentimeter hoch, 25 bis 26 Zentimeter breit, zeigt die Handzeichnungen A. M. und kann nur während der Besuchszeit von Besuchern gestohlen worden sein. Vor Ankauf dieses Bildes wird gewarnt. Eine hohe Belohnung ist auf die Wiederherbeschaffung des Bildes ausgesetzt. Die Kriminalpolizei nimmt Nachrichten im Zimmer 103 des Postgelpräsidiums entgegen.

Ausgeklärter Raubüberfall. Von maskierten und bewaffneten Räubern überfallen und beraubt wurden, wie wir feinerzeit mitteilen, am 2. d. M. am hellen Tage zwei Kassendoten der Depositionskasse der Darmstädter Bank in Niederichonewede. Kriminalkommissar Werneburg und seine Beamten des Raubbezirks nahmen sofort die Spuren auf, und es gelang ihnen jetzt, die Räuber und ihren Helfer und Beschützer zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Räuber sind zwei Gebrüder Arbeiter Ernst und Oswald Heymer aus Reulahn und „Maze vom Gehndbrunnen“, der Helfer ist ein Zigarettenhändler Alfred Otto. Ernst Heymer hatte seit längerer Zeit die regelmäßigen Gänge der beiden Kassendoten zwischen der Bank und den Kassen besorgt und darauf seinen Raubplan aufgebaut. Der größte Teil der Beute wurde den Verbrechern wieder abgejagt und für die Bank beschlagnahmt.

Das Schupo-Konzert im Marmorhof des Zoo zum Besten der Schupo-Polizei im Ruhegebiet erstreckte sich gestern eines überaus guten Besuchs. Der Eintracht-Orchesterverein der Berliner Schupo-Polizei unter Leitung von Clemens Schmalstieg brachte ein mit Geschmack zusammengestelltes Programm, u. a. die Ouvertüre zu „Camont“ von Beethoven sowie Webers „Oberon“-Ouvertüre, in vollendeter Form zu Gehör. Henny Porten sprach ein „Wohnwort“ von Ludwig Kuba in warm empfundenen schlichten Weise. Frau Frieda Reider (Hamburger Oper), die Kammerlänger Kirchner (Berliner Staatsoper) und Engel (Wiener Staatsoper) und mit Ariens und Duett von Beethoven, Wagner und Verdi wohlverdienten Beifall. Eine Reihe von Reichs- und Staatsministern wohnten der Veranstaltung bei.

Die Kartoffelverwertung. Wir werden darauf hingewiesen, daß am Dienstag nicht 2700—3000 W., sondern 2900—3000 W. für rote und weiße Kartoffeln notiert wurden, für gelbfeuchige 2700 W.

Auditor. Herr Leo Buchholz, Geschäftsführer der Firma A. Buchholz & Co., Belle-Alliance-Str. 10, Berlin, hat die Firma und seine Tätigkeit gestern ihre 50jährige Tätigkeit der Firma.

Rechtshochschule Groß-Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft „Jugendberufung und Kultur“ (Z 17) beendigt unter Leitung von Dr. Dr. Hildebrandt am Freitag, 18. März, im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6, ihre Arbeitsperiode. Anfang 74. Uhr. Beginn der neuen Arbeitsperiode am Freitag, 18. April befohlen.

Die Neubegrenzung der Finanzamtsbezirke veröffentlicht der Präsident des Landesfinanzamts Groß-Berlin im Infanterieclub der vorliegenden Ausgabe.

Der Frauenmord im Erzgebirge.

Seltsames Verhalten eines Zeugen.

Der Prozeß gegen den des Mordes angeklagten Husarenleutnant Köhn spielt sich in Zwida unter einem Massenandrang ab, der selbst bei großen Berliner Sensationsprozessen noch nicht zu verzeichnen war. Eine riesige Menschenmenge harrt vor dem Gerichtsgelände aus und muß von einem Aufgebot von Sonderpolizei in Ordnung gehalten werden. Die überraschende Wendung, die der Prozeß durch die neuen Bekundungen eines Polizeiwachmeisters über die veränderte Lage der Leiche nahm, hat der Darstellung des Angeklagten, daß seine Geliebte allem Unheil nach Selbstmord begangen habe, einen gewissen Halt verliehen. Unter diesen Umständen war die gefristige Vernehmung der Zwillingsschwester der toten Mörder, Frau Käthe Koll aus Köln, die sich eingehend über den Charakter und das Leben ihrer Schwester äußert, von besonderem Interesse.

mitgeteilt, daß er am 26. November seine Station Weismirch verlassen hatte, und daß es einer neuneunzigjährigen Schiffschicht bedurfte, um die 1400 Kilometer, die Weismirch von Rom trennt, zurückzulegen. Nach Rom hat Amundsen sich begeben, um, wie er mitteilt, seinen Kompaß zu regulieren und sich über die Lage der „Maud“ zu unterrichten. Er will dann wieder nach Weismirch aufbrechen. Andererseits meldet ein Funktelegramm „Maud“, daß das Schiff, nachdem es zu Anfang des Herbstes 1922 vom Eis blockiert worden war, sich am 14. Dezember hatte freimachen und die Fahrt durch die arktischen Gewässer hatte fortsetzen können. Das Schiff befindet sich gegenwärtig im Norden von Ostibirien, nachdem es an die hundert Kilometer steuerlos getrieben hatte.

Selt wann ist Deutschland besiedelt? Die Frage der Besiedlung Deutschlands wurde unlängst im heftigen Geschichtsverein aufgeworfen, als über den in der germanischen Vorzeit geheiligten Besatzort des Warteburgs in der Gegend des Dorfes Kirchberg unweit des heiligen Nevers bei Kassel gesprochen wurde. Die Spitze dieses Berges ist eine unerhöpliche Fundgrube von Gefäßscherben aus der jüngeren Steinzeit, Steinmassen, Steinwerkzeuge und Knochenresten, die von Opfermahlzeiten herrühren. Der Geologe Dr. Weidemann schloß aus der Tatsache, daß in ganz Hessen keine Funde aus der älteren Steinzeit zu machen sind, daß erst in der jüngeren Steinzeit, also 6000—3500 v. Chr. dort Siedlungen erfolgten. Diese Siedlungen konnten früher nicht stattfinden, weil Fluß- und Gebirgsbildungen noch nicht ihren Abschluß gefunden hatten. Selt wann wird sich der Mensch dauernd im heutigen Deutschland erst etwa 6000 Jahre vor unserer Zeitrechnung niedergelassen haben, was natürlich, wie einzelne Funde in Süddeutschland erweisen, nicht ausschließt, daß er sich bereits vorher in Germanien aufgehalten hat.

Ein sonderbarer Arzt treibt jetzt in England sein Wesen, der „Bonsetter“ Parker. Der Mann ist offenbar kein gewöhnlicher Kurpfuscher, er hat mit seiner Knochenbehandlung gute Erfolge und die Vergleiche, die doch sonst solcher Behandlung von Unstudierten äußerst kompetent gegenüberstellen, erkennen ihn an. Von Hause aus Grubenarbeiter, hat er in sich das Talent entdeckt, bei Verletzungen, Knochenbrüchen und dergleichen schnelle Hilfe zu bringen. Wie er das macht, ist sein Geheimnis. Schon während des Krieges wurde er bei der Verwundetenpflege gern beschäftigt. Der Krieg mußte ja für alles auf sein. Man trug sich damals sogar mit einer eigenartigen Idee, den Bonsetter („Knochenrichter“), approbieren zu lassen, damit er gegen neidische Anarisse geschützt sei. Im Mittelalter hatte der Erzbischof von Canterbury das Recht, Ärzte zu ernennen. Dieses Recht ist wie so manches andere im konstitutionalen England, nie abgelehnt worden, wenn der Erzbischof es auch nicht mehr ausübt. Aber man ist doch wieder davon abgekommen, Parker auf diesem Wege zum richtigen Ärzte zu machen. Dagegen haben bösliche Kreise, offenbar im Hinblick auf seine Dienste in der Kriegszeit, den König persönlich, Parker zu abeln. Das mit in England immerhin als eine 2. jüri-mation, die das Unkonstitutionsstudium und die Prüfungen ersetzen kann.

Im Neuen Theater am Zoo findet am 18., 19. Uhr, ein Kleines mod. Konzert statt.

Sinfonie und Kammermusik.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es wird kein stiller Geheimnis mehr ausgeplaudert, wenn man sagt: die Staatsoperkapelle sucht für ihre Konzerte einen neuen Führer, nachdem sich in den Opernabenden Weyersowich vorzüglich in sein altes Theater-Metier eingefügt, zurückgezogen hat. Zum ersten Konzert unter Abendroth's Leitung an wurde hier (und anderwärts) auf das Katastrophen eines solchen Experimentes warnend hingewiesen, der Zusammenbruch vorhergesagt. Es ist so weit. Die Pastoral-Sinfonie, für deren Gelingen es bei einem großen Dirigenten wirklich nur einer Verständigungsprobe bedarf, wurde frohlich aufgenommen, selbst von den unermüdeten Beifallsstößen. Nur der Rufführer der „Deutschen Zeitung“ machte die ungenügende Ausnahme, demonstrierte sich die Hände zu verhalten. (Man merkt die Absicht und man ist verstimmt.) Was an Abendroth zu loben bleibt, ist: Natürlichkeit der Auffassung, fräftiger Griff, vitales, problemloses Musizieren, Mangel an Pose. Dadurch sind Zufallsfehler zu vermeiden gewesen, wenn eine solche Gelangensstimmung ausströmen, wenn ein triumphales Orchester zum Gipfel des mächtigen Ausdrucks geführt werden konnte. Die Stufungen fehlen, es fehlt die letzte technische Brauour, es fehlt das Bestimmte eines Stilgefühls, das Ueberzeugende einer wirklich persönlichen Auffassung, der Bild für neue Werte und das Streben nach Besonderheit von Programmen. Ein Kapellmeister durchdringlichen Grads, mittlerer Temperatur, halber Begabung, mangelnder Begabung. Ohne den allgemeinen deutschen Musikverein, dessen Vorsitzender einst Schilling war, hätte der liebenswürdige Mann es vielleicht bis zu einem Amt in Essen, nie aber zu einer Meinung in Berlin gebracht. („Nach Wothoff taugt er mir nicht.“) In der öffentlichen Generalprobe, die anständig und reibungslos verlief, tauchten sich oftmals die Orchestermitglieder Worte und Randbemerkungen lächelnd zu: das bedeutet Anfang und Ende der Disziplin in den Reihen der Musiker, die bequem sein mögen, die aber das Herrlichste an Einheit des Spiels geben können, was Berlin hören kann. Es bedeutet Verlegen des Respekts. Verlegen der unbedingten Gefolgschaft und Hingabe. Was blieb diese Grundbedingung hoher künstlerischer Kultur? Abendroth leuchtet ihr zu frühem Tod. Die Namen der Erreiter sollen, da bei den zuständigen Instanzen sicher schon Listen fertig vorliegen, nicht genannt sein (Sie würden etwa heißen: Waller, Strauß, Haussegger, Schütz-Dornburg, Klemmer). Aber ein Vorkriegs-Orchester ist erlaubt: falls Schillings, das Orchester und das Kritikerium verfallen, die einen in ihren Räten berauen (einschließlich Kistenberaue), so möge man jeden zu zwei Konzerten als Gostdivertent loben, das eine Mal mit vorergründem, das andere Mal mit selbstgewähltem Programm. Orchester, Presse und Publikum haben dann Recht und Ruhe, sich für oder gegen zu äußern.

Das Bühnen-Orchester hat seinen alten Namen wieder und weiß seit längerer Zeit unter Hildebrandts sorgender Initiative seine Programme abwechslungsreich zu gestalten. Von Johannes Heidenreich wurde es allerdings in eine Klasse Unfruchtbarkeit hineingeführt, die D-Dur-Sinfonie von Jean Raumann, ein Werk, das keinen Anfang hat und kein Ende findet, ein seltsames

Stilgemisch aus Wagner, Beethoven, Tschaiwowsky und „Trompeter von Säckingen“, einformig im Rhythmus, harmlos im Erfinden, aber nicht schlecht im Orchesterklang. Daran leidet nun wieder das Opus 6 von Kurt Weill, das Alexander Sels u.a. aufgeführt. Hier ist alles an Melodie, Groit, Sinnlichkeit und Farbe aufgegeben auf Kosten einer bitter-ernsten, starren Linie, und alles noch einsinnlich durch ungeschickte Verbindung von Schlagzeug, Blas- und Streichorchester. Eine Holzschmittarbeit ohne Farben, streblam und aläubig, klar und ohne Komplimente, aber auch als geistiges Verfall nicht pädend. Die Sinfonie D-Dur von Steinik, die in der Ausgabe Sondheimers vorherging, zeigt den Begründer der Mannheimer Schule, den Vorhänger Mozart und Haydn als einen Erfinder großzügiger, weicher, lieblicher Melodie-Themen auf dem harmonischen Boden beweislicher, gar nicht starrer Bässe. Was aber besonders an ihm nährt wird, die Fähigkeit des Kontrastierens, das am nicht zum Ausdruck. Die zwei Andante-Sätze erwidern schließlich, zumal hier zum Streichquintett noch keine Hörer hinzukommen. Das C-Dur-Quintett von Schubert hat einen so effektvollen Klangzauber, eine so frühlingshafte Innenruhe, daß seine Bären als „abblüde“ gern hingenommen werden. Wunder der schöpferischen Begabung: das Todesjahr 1828 ist durch die beiden strahlendsten C-Dur-Werke gekennzeichnet (neben dem Quintett die C-Dur-Sinfonie). Ein Ueberchwang an Melodie, die Themen logisch fertig, nicht zur Entwicklung bestimmt, sondern zur figurativen Umgestaltung, ein schwebendes, unterhaltendes, stilliches Oesterreichertum, ein zartes, feines Stimmungswort: der ganze Schauer. Volksmusik und Tanz, Phantasie und Naturorchestrierung, das zwingt sich, beugt sich nicht gern in abgekehrte Form. Das Reimels heißt: Klang, nicht Geist oder Befehl oder Gedanklichkeit. In Deutschland entdeckte man das Werk daher ein paar Jahrzehnte zu spät und selbst Joachim, sein bester Interpret, fand das Werk einst wegen seiner Wohlklanglichkeit und seines Rhythmus an Gegenständen unbedeutend. Das Klingler-Quartett führte es, ganz auf die Seele des Tons bestimmt, in einem Konzert des Bezirksbildungsausschusses wahrhaft erquickend auf. Und wird es zu Öktern wiederholen. Geht alle hin und seid glücklich!

Ein paar Solisten seien mit großer Anerkennung genannt: der Geist Walter Schulz, der einen strengen Koger mit starkem Ton meistert (op. 131c); Gertrud Bindernagel, die mit dem sanften Reiz ihres Rhododendrons hohe Kultur der Sprache und des Vortrags verbindet; Frau Bähme-Heidenreich, die sich mit innerer Anteilnahme der Pieder Geora Wolffs annimmt; talentiert gefesteten, aus der Textstimmung sinnvoll entwickelten Gesängen von rechtem Fluß und gemächlicher-moderner Fröhe. Die letzte Durchorchestrierung scheint noch zu fehlen: die Anfänge seien ich alles auf sich aus, und der Schluß wiederholt es. Blüten in der Mitte Poufen als einmässiges Reimittel der Unterbrechung interessant, erhöhen, achtsam, nicht die Wartestimmung, sondern täten sie. Der Gesang bewies, daß Wolffs keine Hörer trotzdem zu sich hingewand. Er wird uns mehr Brill schenken dürfen.

Amundsen-Schiff auf der Trist-Jahrt. Wie aus Christiania gemeldet wird, besand sich der Polarforscher Roald Amundsen am 1. Dezember zu Rom in Masta, während sein Schiff „Maud“ in den Polargewässern treibt. Amundsen hat schriftlich

Die schlesischen Grubenunglücke.

Die Zeugin bekundet, daß ihre Zwillingsschwester eine gute, aber auch lebenslustige Person gewesen sei, die eine gut bürgerliche Erziehung erhalten habe, die aber auch immer sehr eitel gewesen sei und nur den einen Wunsch gehabt habe, eine glänzende Partie zu machen. Ihrer Schwester schrieb sie, daß Köhn sie heiraten wolle. Im Januar 1922 kam sie dann ganz plötzlich nach Hause nach Köln, machte einen trostlosen, heruntergekommenen Eindruck und erzählte, daß sie sich mit Köhn entzweit hätte. Irrendemselben Besprechungen oder Ermahnungen sei sie aber nicht zugänglich gewesen. Während ihres dreitägigen Kölner Aufenthalts erhielt sie dann täglich drei Telegramme von Köhn, in denen er mit den zärtlichsten Redewortern von seiner Liebe zu ihr sprach. Ihrer Schwester erzählte die Müller, daß Köhn außerordentlich eifersüchtig auf sie sei, daß sie aber auch erfahren habe, daß er in Dresden ein Verhältnis mit einer Schauspielerin unterhielt. Nach drei Tagen fuhr sie dann ganz plötzlich wieder zu Köhn zurück, kam nach weiteren zwei Tagen noch einmal vorübergehend nach Köln und erzählte nun, daß Köhn für ihre Heirat eine Wohnung suchen wolle. Später schrieb sie dann aus dem Erzgebirge, daß sie sich wieder vertragen hätten und daß ihr Geliebter sich ändern wolle. Dann wurde

Der letzte Brief der toten Grete Müller

aus dem Wälschenhaus verlesen, den sie noch am Mittag ihres Todes, am 24. März, an ihre Schwester geschrieben hatte. Sie teilte ihr darin mit, daß es ihr ausgeht und daß sie in den nächsten Tagen voraussichtlich nach Berlin fahren würde. Dort haben Sie bei Ihrer Schwester niemals Anzeichen von Selbstmordgedanken gemerkt? — Zeugin: Nein. Sie war aber später niedergedrückt und nicht mehr so lebenslustig wie früher. Köhn hatte sie vollständig in der Gewalt. Sie war wie hypnotisiert. Auf Befragen von Prof. Dr. Strauch gibt die Zeugin weiter an, daß ihre Schwester von allen Männern, die sie kennengelernt habe, Köhn am liebsten liebte, daß sie, die Zeugin, aber nicht angenommen hätte, ihre Schwester würde sich dann einmal das Leben nehmen. Der Postleiwachmeister Kober, der in der Nacht nach der Auffindung der Leiche an der Fundstelle die Wache hielt, bestätigt, daß am anderen Morgen kein Kamerad, der Postleiwachmeister Schmidtgen, der vorher zuerst an der Leiche gewesen war, ihn auf die veränderte Stellung des linken Armes aufmerksam gemacht hätte. — Nach der Willkürspalte wurde dann der höchste Buttlisch aus Wälschenhaus vernommen. Sein Bericht gestattete sich ziemlich merkwürdig. Der Junge spricht so leise und stockend, so daß der Vorlesende seine Aussage Wort für Wort herausbrüllen muß. Zudem ereignet sich noch mitten in der Vernehmung der unerklärliche Fall, daß die Frau des Försters, die auf der Zeugenbank sitzt, aus nicht feststehender Ursache in heftiges Schluchzen ausbricht und sich gar nicht beruhigen kann. Buttlisch gab von den Vorgängen des 24. März dieselbe Darstellung wie der Angeklagte. Dort: Haben Sie mal geäußert: „Belastet werde ich Köhn nicht, er ist mein Freund.“ — Zeuge: Jawohl, anlässlich der Vernehmung. Ich meinte damit, daß ich gegen ihn nichts vorbringen könnte, da ich keine belastenden Tatsachen wußte. Ich habe ihm die Tat auch wirklich nicht zugehört. — Ein Geschworener: Hat der Angeklagte Ihnen einmal mitgeteilt, daß er Logenbruder sei? — Zeuge: Nein. — Dort: Sie selbst gehören aber einer Loge an? — Zeuge: Jawohl. — R. A. Dr. Wisberg: Hier muß von irgendeiner dritten Seite den Geschworenen unbekannterweise aus der Voruntersuchung etwas mitgeteilt worden sein, denn in den Akten findet sich ausschließlich die gleiche merkwürdige Frage, die an den Angeklagten gerichtet wurde, nämlich ob er Freimaurer sei.

Dann wurde der Freund des Angeklagten, der Privatassistent an der Technischen Hochschule Berlin Dr. Reuleaux, vernommen: Im April 1922, so betonte er, kam Köhn nach Hause zurück zu seiner Mutter, bei der auch ich wohne, und er zeigte uns dann verschiedene Sachen, Damenpelze und Schmuckstücke, die er, wie er sagte, von einer Dame erhalten habe, die in Not geraten sei und für die er die Sachen verwerten wolle. Einen Pelz wollte er eigentlich seiner Schwester schenken, ich habe ihm aber die Pelze und die Perlenhalskette für insgesamt 10.000 Mark abgekauft.

Imn Schluß wurde dann noch Kriminalkommissar Behmann aus Berlin-Schöneberg vernommen, der Köhn zum erstenmal einem Verhör unterzogen hat, allerdings ohne dabei zu wissen, was ihm vorgeworfen wurde, da erst ein Beamter mit dem notamentlichen Material von Dresden unterwegs war. Bei der ruhigen Haltung des Angeklagten, der die ganze Sache geheimnisvoll behandelt habe, hätte er an einen Mithras der Kriminalpolizei Dresden geglaubt. Er habe aber dann doch den Eindruck, daß der Angeklagte innerlich sehr erregt war. Diese erste Vernehmung konnte aus verschiedenen Gründen erst zwei Tage nach der Verhaftung vorgenommen werden, und inzwischen war schon der Dinkel Köhn, der Kammergerichtsarzt Dr. Caspary, bei dem Kriminalkommissar vorstellig geworden, weshalb sein Verhör noch nicht, wie es beabsichtigt sei, verhängt worden sei. Am Abend dieses Tages habe Köhn dann erst erzählt, daß er der Müller gehörige Sachen verkauft habe. Und zwar habe er betont, daß seine Bekannte sie ihm geschenkt hätte. Auf Vorhalt habe er allerdings zugegeben, daß das von ihm nicht sehr vornehm gehandelt war. Er habe auch damals schon betont, daß ihm die Müller Eifersüchtigen gemacht habe.

Darauf wurde die Verhandlung auf heute, Freitag, früh 9 1/2 Uhr, vertagt.

Wetter bis Sonnabend mittag. Trocken und vielfach heller bei mäßigen nordöstlichen Winden. In den Tagesstunden mild, nachts sehr kühl.

Bekanntmachung.

Am 22. Februar 1923 machten wir bekannt, daß wir wegen weiterer harter Verteuerung der Rohöl-, Heizöl-, Kohlen-, Material- und sonstigen Waren, den Gaspreis von der im März 1921 festgesetzten laufenden Gaspreisfindungnahme an weiter beträchtlich zu erhöhen, und daß wir den neuen Gaspreis demnächst bekanntgeben würden.

Wir teilen nunmehr mit, daß in Berlin

Berlin-Dahlem	Waldow
Berlin-Mitte	Grub-Nieften
Berlin-West	Grub-Nieften
Berlin-Nord	Grub-Nieften
Berlin-Süd	Grub-Nieften
Berlin-Ost	Grub-Nieften
Berlin-Westend	Grub-Nieften
Berlin-Nordend	Grub-Nieften
Berlin-Süden	Grub-Nieften
Berlin-Norden	Grub-Nieften
Berlin-Südend	Grub-Nieften
Berlin-Nordend	Grub-Nieften
Berlin-Südend	Grub-Nieften
Berlin-Nordend	Grub-Nieften
Berlin-Südend	Grub-Nieften

der Preis für das Rubimeter Gas bis auf weiteres 100 Mk. einschließlich Rohöl- und Umlegener und Miete für Gasmeter und Zählerangehörigkeiten (sowie Abgabe an die Gemeinde) beträgt.

Berlin, den 16. März 1923

Gasbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft
Der Vorstand: C. Reisinger.

Zigaretten
gute Fabrikate, von 20.- Mark an.
Zigarren, Zigarillos
von 80.- Mark an in großen und kleinen Paketen sofort abzugeben.
Hans Linse,
Fabrikant
Berlin NW 52, Pflanzungstr. 9
Tele: Moabit 5411.

Der Landtag beendete am gestrigen Donnerstag die zweite Beratung des Haushalts. Es wurden dann verschiedene Entschließungsanträge des Hauptauschusses angenommen, darunter ein Antrag, das neue Gewerbesteuergesetz so zeitig einzubringen, daß nach Verabschiedung die Bestimmungen dieses Gesetzes für die Veranlagung der Steuerpflichtigen des Rechnungsjahres 1923/24 maßgebend sind. Für den Abwehrkampf gegen den Ruhrkampf werden vorgeschlagen Vorbereitungen größerer öffentlicher Arbeiten mit Rücksicht auf die zu erwartende Arbeitslosigkeit, Bekämpfung der Devisenpekulation, Verschärfung der Wucherbekämpfung und ihre Ausdehnung auf alle Erzeuger, Verbot aller die Brennstoffwirtschaft belastenden Lichtreklamen, sowie Schließung aller Schlemmerlokale. Bei einem deutsch-nationalen Abänderungsvertrag zu dem Antrag unserer Gesandten, der sich mit den wirtschaftlichen und politischen Folgen des Ruhrkampfes befaßt, stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

In der neuen Sitzung wird der Haushalt der Porzellanmanufaktur beraten.

Verschiedene Abgeordnete, darunter Abg. Weger-Rheine (Soz.) sprechen gegen eine Umwandlung in ein reines Geschäftsunternehmen und fordern, daß das Staatsinstitut auf seiner künstlerischen und vorbildlichen Höhe erhalten werde. Minister Siering betont, daß an der künstlerischen Einseitigkeit nicht gerüttelt werden dürfe. Für die Ausbildung künstlerischer Kräfte werde stetig gesorgt. Die Forderung für die Invaliden des Instituts mache große Schwierigkeiten, denn auf 550 Personen des Instituts entfielen 200 Invalide. Ihre Unterhaltungen reichten nicht einmal für die bescheidensten Bedürfnisse. Es müsse daher versucht werden, einen Teil der noch arbeitsfähigen Invaliden in anderen Beschäftigungen unterzubringen. Auf der Leinwandmesse habe die Staatliche Porzellanmanufaktur sich schon lösen können, Beispiel sei auf und wirkungsvoll befolgt worden. Auf alle Fälle müsse das Unternehmen ertragsreicher gestaltet werden. Der Verkauf müsse nach modernen kaufmännischen Grundfätzen erfolgen. Der Absatz im Ausland müsse in Rechnung gezogen werden. Diese kaufmännische Umgestaltung verträge sich sehr wohl mit der Sorge für den künstlerischen Charakter. — Nachdem dann noch Abg. Waldra-Mann (Soz.) sich gegen die veraltete bürokratische Verwaltung gewandt hatte, wurde der Haushalt genehmigt.

Bewilligt wurden Mittel für den Ausbau des Erz- und Eisensais am neuen Binnenhafen in Emden; der Kassenkredit der Generalstaatskasse wird von 10 auf 60 Milliarden Mark erhöht. Mit der nun folgenden

Veratung des Haushalts der Bergverwaltung

wird verbunden die Besprechung der großen Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten über die Grubenunglücke in Mißfälligkeit und auf der Heiniharube in Oberschlesien.

Den Ausschubbericht erstattet Abg. Vamberger-Essen (Soz.). Die große Anfrage begründet Abg. Franz-Waldenburg (Soz.): Der Beruf des Bergmannes ist schwer; jeden Tag hat der Bergmann sein Todeshemd an. Ganz werden sich die Unglücksfälle nicht vermeiden lassen. Was aber zu ihrer Verhütung getan werden kann, muß geschehen. Waren alle Vorbereitungen getroffen, um die schrecklichen Unglücksfälle in Oberschlesien zu verhindern? Wir müssen selber die Antwort geben; es liegen

schwere Fehler der Grubenverwaltung und der Bergbehörde vor. Das eine Unglück, das auf die Explosion durch die Entzündung von Benzol zurückzuführen ist, hätte vermieden werden können, wenn die Erfahrungen mit der Benzolatomolose genügend beherzigt worden wären. Die Benzolatomolose ist überhaupt eine stete Gefahr für den Bergbau. Jedenfalls hätten die möglichen und nötigen Verbesserungen dieser Atomolose längst vorgenommen werden müssen. — Ueber die Explosionsursache auf der Heiniharube ist viel gestritten worden. Eins steht jedoch fest: das Unglück hätte seinen so großen Umfang annehmen können, wenn die Verlesung richtig durchgeführt worden wäre. Allein monatelang ist der Gefahrenstrich nicht genügend berieft worden. Die Wasser-

leitungen hatten nicht den erforderlichen Druck. Ferner war die vorgeschriebene Nummerierung der Brennstoffbüchsen mangelhaft. Die Behörden haben sich mit der Entschuldigung herausreden wollen, die Befehle der Oberschlesien habe die Kontrolle erbracht. Das ist aber nicht stichhaltig. Die Befehle hat sich in die Gruben-Sicherheitsverhältnisse nicht eingemischt. Die Grubenverwaltung griff nicht rechtzeitig und energisch genug bei den Rettungsversuchen ein. Die Rettungsapparate waren ebenfalls nicht in Ordnung. Rettungsleute sind infolge dessen verunglückt. Die

Bergbehörde hat ihre Pflicht vernachlässigt.

Sie hat nicht die Durchführung der von ihr erlassenen Vorschriften geprüft. Dazu ist sie aber doch da. Eine Reihe von amüslichen Personen hat anerkannt, daß die Vorschriften nicht genügend beachtet wurden. Dazu haben wir dann die vielen Beamten, wenn sie nicht rechtzeitig nach dem Rechten sehen und auf Abhilfe dringen? Schon 1919 wurde uns versprochen, die Revierbeamten würden angewiesen, sich mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung zu setzen, um mit ihnen gemeinsam für die Sicherheit zu sorgen. Sie heute ist wenig davon zu merken. Waren die Bergbeamten Polizei gegenüber den Grubenverwaltungen, dann postierten nicht so viel Unglücksfälle. Sie fühlen sich aber nur als Gendarmen gegenüber den Betriebsräten. Im Hauptauschuss ist der Versuch gemacht worden,

die Betriebsräte

mitverantwortlich zu machen. Das können nur Leute tun, die die Dinge nicht kennen oder absichtlich verkenne. Betriebsräte haben längst für das Herausnehmen der Benzolatomolose aus dem Grubenbetrieb sich eingesetzt. Aber wenn die Betriebsräte etwas sagen, dann heißt es sofort, sie überschritten ihre Funktionen. Es liegen Urteile von Hochgerichten vor, daß stellenweise die Verhältnisse im ober-schlesischen Bergbau nach immer so rückständig sind wie vor hundert Jahren. Aber die Steiger usw., die die Verhältnisse kennen, bitten immer erst, bevor sie mit ihrer wahren Meinung herausdringen, man solle sie schämen vor unliebsamen Konsequenzen. Besserungsvorschläge haben unsere Organisationen genug gemacht. Werden sie nun endlich einmal von den Bergbehörden beherzigt? Nur im Zusammenarbeiten der Bergbehörden, Betriebsräte und Gewerkschaften kann eine ausreichende Sicherheit geschaffen werden. In diesem Zusammenarbeiten hat es bis jetzt gefehlt. Leuten aber, die, statt dieses Zusammenarbeiten zu fördern, ihre Pflicht vernachlässigen, und sich hinterrück nur in Verschleierungskünsten üben, kann nicht das Leben der Bergarbeiter anvertraut werden. (Beifall bei den Soz.)

In der Beantwortung gibt Geheimrat Hahnel eine ausführliche Darstellung der beiden Katastrophen. Die Vorwürfe gegen die Bergbehörden seien ungeschickfertig. Eine absolute Sicherheit gegen Kohlenstauberplosionen gebe es nicht bis jetzt. Beriefungsanlagen seien vorhanden gewesen, die

Streckenberieselung aber nicht nach den Vorschriften durchgeführt worden. Die Praxis werde mit den einschlägigen Bestimmungen nicht fertig, hier müsse eine Änderung vorgenommen werden.

Abg. Harsch (Z.) betont, die deutschen Arbeiter bedankten sich für die französische Sozialpolitik, die man ihnen im Ruhrgebiet empfehle. Die Abwehrfront im Ruhrgebiet stehe fest, nur die Kommunisten spielten gelegentlich die Kuckhühner. Was in einem Fall die Franzosen mit den Arbeiterführern und Betriebsräten über die Ablieferung von Kohle und Koks verhandeln, hätten die Betriebsräte den Verhandlungsraum verlassen, die Kommunisten seien aber im Saale geblieben und hätten von dem französischen Kommandanten Schutz verlangt. (Lebhafte Proteste der Kommunisten.) Der Redner wendet sich dann zum Schluß besonders

gegen den Versuch, die Löhne jetzt abzubauen.

Wir sind, betont er mit Nachdruck, mit den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers Becker im Hauptauschuss des Reichstages, daß der Preisabbau möglich sei, wenn die Bergarbeiterlöhne stabil gemacht würden, in keiner Weise einverstanden. Die christlichen Arbeiter verlangen, daß zunächst einmal der Preisabbau erfolge.

Freitag 12 Uhr: Weiterberatung. Abstimmungen zum Haushaltsjahr. Schluß 1/6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis. Wahltag. Sonnabend, den 17. März, 7 Uhr. Fraktionssitzung der Stadt- und Bezirksverordneten sowie Abgeordneten für Schule und Bildung im Sitzungssaal des Rathauses.
2. Kreis. Kreisrat. Freitag, den 16. März, 8 1/2 Uhr. gemeinschaftliche Sitzung der Oberversammlung der kommunalen Ausschüsse des Kreises und Kreisratssitzung des Kreisratsschreibers im Sitzungssaal des Rathauses.
3. Kreis. Kreisrat. Freitag, den 16. März, 10 Uhr. angelaubte Funktionärerversammlung wegen der allgemeinen Funktionärerversammlung für Groß-Berlin aus.
4. Kreis. Kreisrat. Freitag, den 16. März, 10 Uhr. Sitzung der Bezirksverordneten im Rathaus, Reußstr.
5. Kreis. Kreisrat. Freitag, den 16. März, 10 Uhr. Lokalrat, Friedrichsdenkmal, Sitzung der Kreisbildungsvereine. Ansprache der Oberleiter.
6. Kreis. Kreisrat. Freitag, den 16. März, 10 Uhr. angelaubte Kreisversammlung der Kreisvereine im Kreisratssaal. (Sitzung des Kreisratsschreibers im Sitzungssaal des Rathauses.)
7. Kreis. Kreisrat. Freitag, den 16. März, 10 Uhr. angelaubte Kreisversammlung der Kreisvereine im Kreisratssaal. (Sitzung des Kreisratsschreibers im Sitzungssaal des Rathauses.)

Demokratische Ortsgruppe Norden, Freitag 7 1/2 Uhr im Jugendlheim Schönbeck-Brück 1. Ortsgruppenabend. Gäste willkommen.

Morgen, Sonnabend, den 17. März.
12. Uhr. 12 Uhr. Funktionärerversammlung bei Köpcke, Tullstr. 10.
13. Uhr. Schönberg. 5. Bezirk (Königsplatz), 7 Uhr. Schlußabend im Saal des Rathauses. Nachdem Unterhaltungsabend.
14. Uhr. Westend. 7 Uhr. Kreisversammlung an bekannter Stelle.
Demokratische Ortsgruppe, 7 1/2 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8, 1. Hof links: Besprechung aller Ortsgruppenvorsitzende. Jede Gruppe muß vertreten sein. — 6 Uhr. Lokale Kreisversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Montanverband, Professor Dr. Georg St. Kretschmer spricht am Freitag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Werner-Siemens-Realschulsaals, Bodenstraßenstr. 47-48, über „Leben und Wissenschaft in Argentinien“.
Vereinigung für Schule und Erziehung, Bezirk Tempelhof, Freitag, den 16. März, 8 Uhr, Schützenplatz Wilmersdorf, 10. „Pädagogische Grundlagen der modernen Pädagogik“, Prof. Dr. Kretschmer.

Wäsche ist kostbar! Schonnet die Wäsche!



Was aber ruiniert die Wäsche? Das Waschen ruiniert die Wäsche in erster Linie, nicht das Tragen, weil zum Waschen häufig scharfe und schädliche Waschmittel genommen werden, wie Chlor, sauerstoffhaltige Präparate usw., die die Wäschefaser angreifen und die kostbare, teure, unerfahliche Wäsche vor der Zeit zerstören. Das neue organische Einweichmittel „Burnus“ dagegen ist völlig unschädlich für die Wäschefaser und hat die Eigenschaft, den Schmutz von der Wäsche zum größten Teil selbstständig abzulösen, wenn man dieselbe über Nacht in der lauwarmen Burnusbrühe einweicht. Weit Burnus in lauwarmem, nicht heißem Wasser am besten wirkt, und nur ein nachfolgendes kurzes Aufkochen mit wenig Seife oder Seifenpulver nötig ist, deshalb erspart man dabei außerdem in wesentlichem Maße Seife, Feuerung, Zeit und Arbeit und hat nicht mehr nötig, sich die Finger wund zu waschen! In der Hauptsache aber spart man Wäsche, weil dieselbe bei der Verwendung von Burnus mehr geschont wird als bei jedem anderen Verfahren. Bedeutende Spezialgelehrte und eine große Anzahl von Dampfwaschereien, Waschanstalten in Krankenhäusern, sowie unendlich viele Hausfrauen haben uns diese Vorzüge freudig bestätigt. Weitere Aufklärungen versenden kostenlos und postfrei Fattinzer & Co. G. m. b. H., Berlin NW 7. Burnus ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Preis M. 270.- für die Patrone, ausreichend für eine Wäsche normalen Umfangs. Zögern Sie nicht, einen Versuch zu machen! Auch Sie werden sich dann zu dem Grundsatz bekennen:

Keine Wäsche ohne Burnus!

Wirtschaft

Großhandel und Ausfuhrkontrolle.

Die Tatsache, daß auf vielen Gebieten die Inlandspreise die Weltmarktpreise erreicht und sogar überschritten haben, wird vom Zentralverband des Deutschen Großhandels dazu benutzt, um wieder einmal die Beseitigung der grundlegenden Bestimmungen über die Ausfuhrkontrolle zu fordern. In einem Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium verlangt er die Beseitigung der Preisprüfung, der Ausfuhrabgabe und der Lieferwertbescheinigung. In der Begründung führt der Großhandel an, daß die Kontrolle der Ausfuhr das Exportgeschäft erschwere und einen ständigen Rückgang des deutschen Exportes befürchten lasse. Neuerdings sei im besetzten Gebiet die Ausfuhrkontrolle wesentlich durchlöcherter. Gerade jetzt komme es darauf an, den Export deutscher Waren zu fördern. Die Mindestpreise, die von den Ausfuhrstellen festgesetzt sind, würden umgangen. Im Exporthandel mache sich immer mehr das Bestreben geltend, die ausländische Kundschaft nicht mehr mit deutschen Waren, sondern zu einem großen Teil mit überwiegender Teil mit tschechischen, englischen und Fertigprodukten anderer Länder zu beliefern, da sich diese Geschäfte ohne staatliche Kontrollen und auf ehrlicher Basis abwickeln lassen.

Der Großhandel hat recht, wenn er eine Förderung der Warenausfuhr verlangt, um so die sachlichen Vorbedingungen für eine Stabilisierung der Raat zu schaffen. Daß aber der Export durch die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle wesentlich gefördert wird, ist zu bezweifeln. Wo sich bisher — begünstigt durch den Tiefstand der Raat — die ungenehmigte Initiative des Privatunternehmers ausbreiten konnte, war der Erfolg in der Regel der, daß die mit deutschen Waren überschwermeten Staaten ihre Schutzzölle erhöhten und

so auf die Dauer die deutsche Warenausfuhr mehr schädigten als förderten. Die Gefahr, daß man auch jetzt wieder einen Schieberexport in Szene setzt, ist um so größer, als aus der Industrie bereits Fälle berichtet werden, wo man nach dem Ausland billiger verkauft als im Inland. Eine Ueberwachung der Ausfuhr ist daher noch immer geboten.

Im übrigen sind die Ausfuhrabgaben mehrfach herabgesetzt worden. Wenn sich jetzt der Großhandel darauf beruft, daß die Ausfuhrabgabe ein Hemmnis für den Export sei, so wird das für manche Industrien zweifellos zutreffen. Es wird aber auch nicht wenig Industrien geben, die infolge der niedrigen deutschen Zölle heute gewaltige Exportgewinne erzielen können. Hier die Ausfuhrabgabe abzubauen, wäre bei dem jetzigen Stand der Reichsfinanzen widersinnig. Deshalb sollten, ehe man derartigen Forderungen Gehör schenkt, die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen sorgfältig nachgeprüft werden.

Eine starke Belastung der Reichsbank war in der ersten Woche des März zu verzeichnen. In erster Linie war es wieder das Reich, das gewaltige Kredite in Anspruch nahm. Daher erhöhte sich der Bestand der Reichsbank an Reichsschatzweisungen um 589 auf 3516 Milliarden Mark. Auch der Bestand an Handelswechseln nahm zu. Der Notenumlauf stieg gleichzeitig um 358,5 auf 3871,3 Milliarden Mark. — Die Reichsbank hat wiederum einen größeren Teil ihres Goldbestandes, nämlich 15 Millionen Mark, nach dem Ausland verlegt; und damit ihre Auslandsguthaben, die als Unterlagen für Devisenkredite dienen sollen, auf 64,9 Millionen (Gold-) Mark erhöht.

Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland beschloß, ihr Kapital von 100 Millionen auf 2 Milliarden Mark zu erhöhen und ihre Firma in „Deutsche Raiffeisenbank A.-G.“ abzuändern.

Der Annahmewert der Dollarschatzweisungen bestimmt sich nach § 20 Ziffer 1 der Stundungsordnung vom 29. Januar 1923 — Regierungsbull. Seite 75. — Die Dollarschatzweisungen werden als verzinsliche Schatzweisungen des Reichs zu dem zur Zeit der Sicherheitsleistung maßgebenden Kurswert, höchstens jedoch zum Nennwert als Siderheit angenommen. Die Umrechnung des Dollarbetrages in Papiermark erfolgt durch Multiplikation des Dollarbetrages mit 4,2 und des sich danach ergebenden Goldmarkbetrages mit dem zur Zeit der Sicherheitsleistung maßgebenden Goldaufgeldfuß plus 100 Prozent.

Weitere Ermäßigung des Goldaufgeldfußes. Für die Zeit vom 21. bis einschließlich 27. März 1923 beträgt das Goldaufgeld 524 400 v. H. In der Vorwoche betrug es 525 900 v. H.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch nachzutragen: 100 österr. Kronen (abgest.) 28,77 Geld, 28,93 Brief, 1 tschechische Krone 617,70 Geld, 620,80 Brief, 1 bulgarische Lewa 128,42 Geld, 129,08 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 213,46 Geld, 214,54 Brief. — 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 47 Pf.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Vorkursus. Die Sitzung der Abteilungsleiter findet am Samstag, den 17. März, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Oberberger Straße (Bodeanstalt) statt.

Verbeiratsbesprechung. Heute abend findet im Jugendheim Riederstraße, Berliner Straße, Gemeindeschule, eine Verbeiratsbesprechung statt. Beginn 7 Uhr.

Trig. Jugendheim Chaussee 48, Vortrag: „Die Abkammerung des Menschen“. — **Christentum.** Jugendheim Riederstraße 4, Diskussionsabend: „Die französische Revolution“. — **Reinhold.** Jugendheim Riederstraße 33, Vortrag: „Jugend und Jugendrecht“. — **Kordisten.** Jugendheim Chaussee 48, Vortrag: „Der 18. März“. — **Reinhold.** Jugendheim Gemeindeschule Riederstraße, Vortrag: „Schulbewegung“. — **Katholischer Kreis.** Jugendheim Gemeindeschule Riederstraße 23, Vortrag: „Die Revolution von 1848“. — **Säben.** Jugendheim Bodeanstalt Riederstraße, Vortrag: „Militarismus und Antimilitarismus“.



1 Million deutscher Hausfrauen kochen täglich mit **=Quieta=** guten und billigen Kaffee!

Komische Oper
7½ Uhr
Große Revue
Europa
spricht davon!
10.3.0. Matinee
Mister Jackson
mit engl. Girls
Eise Halzer
Bruno Kastner
Arnold Riek
u. a. Darsteller

Der Blau Vogel
Golitzstraße 9
Nollendorf 1613
u. Allabendlich
Das 3. Programm
Apollo - Theater
Täglich 7½ Uhr
Die große Ausstattung
Operette
Die Modekönigin
Paul Heidemann u. 5
Illing, Platen, Kober
Vorstellung ausstehend

Gardinen-Sonderangebot

auf bequemste Teilzahlung

Künstler-Gardinen	Teilzahl. gute Ausführung	23 500	35 000	48 000	bis 120 000
Kalbstores	schöne Figuren	17 500	30 000	40 000	bis 70 000
Bettdecke	1- u. 2 teilig, entzick. Muster	23 000	32 000	45 000	bis 120 000

M. Beiser, Lothringer Str. 67

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Rechtsicht, daß unser Kollege, der Schloffer
Paul Urban
am 26. Februar gestorben ist.
Eure letzten Tugenden!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
144/13
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Korden in Berlin hat auf Grund der Verordnung über Grundbesitz in der Krankenversicherung vom 27. Februar 1923 — Deutscher Reichsgesetzblatt Nr. 23, Februar 1923 — die Besondere Verordnung Nr. 50 vom 23. Februar 1923 über die Beiträge in einem 16. Ratstages zur Zahlung der entsprechenden Beiträge des 19. Beschlusses. Der Nachruf ist mit dem 4. März 1923 in Kraft getreten.
144/13
Neubauer, Buchbinder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin 854, Lindenstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Korden 833 bis 836 und 692 bis 695.
Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, in der **Deutsche Reichshauptstadt, Schönehauser Allee 10/11:**
Brauchenversammlung
der Arbeiter, Helfer und Vorkämpfer.
Tagesordnung: Bericht über die erneuten Verhandlungen über die Märzfrage.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
144/17

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick
Der XI. Ratstag zur Aufhebung ist vom Oberverwaltungsamt genehmigt und tritt am 24. Februar d. J. in Kraft. Druck exemplar des Beschlusses ist ab 20. d. M. im Ratstafel erhältlich. Die Herren Arbeitgeber werden nach dem auf § 53 des Ratstages aufmerksamt gemacht.
144/13
Der Vorstand,
Nickel, Buchbinder.

Circus Busch
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

2000 Mark
wöchentlich
erh. Sie bei H. W. Wiese, Juwelier, Berlin W., Passauer Str. 12.
Kaufmann, Berlin 43
Gartenstr. 4

Seife billiger
Tollkornseife 100, 200, 400, 800, 1600, 3200, 6400, 12800, 25600, 51200, 102400, 204800, 409600, 819200, 1638400, 3276800, 6553600, 13107200, 26214400, 52428800, 104857600, 209715200, 419430400, 838860800, 1677721600, 3355443200, 6710886400, 13421772800, 26843545600, 53687091200, 107374182400, 214748364800, 429496729600, 858993459200, 1717986918400, 3435973836800, 6871947673600, 13743895347200, 27487790694400, 54975581388800, 109951162777600, 219902325555200, 439804651110400, 879609302220800, 1759218604441600, 3518437208883200, 7036874417766400, 14073748835532800, 28147497671065600, 56294995342131200, 112589990684262400, 225179981368524800, 450359962737049600, 900719925474099200, 1801439850948198400, 3602879701896396800, 7205759403792793600, 14411518807585587200, 28823037615171174400, 57646075230342348800, 115292150460684697600, 230584300921369395200, 461168601842738790400, 922337203685477580800, 1844674407370955161600, 3689348814741910323200, 7378697629483820646400, 14757395258967641292800, 29514790517935282585600, 59029581035870565171200, 118059162071741130342400, 236118324143482260684800, 472236648286964521369600, 944473296573929042739200, 1888946593147858085478400, 3777893186295716170956800, 7555786372591432341913600, 15111572745182864683827200, 30223145490365729367654400, 60446290980731458735308800, 120892581961462917470617600, 241785163922925834941235200, 483570327845851669882470400, 967140655691703339764940800, 1934281311383406679529881600, 3868562622766813359059763200, 7737125245533626718119526400, 15474250491067253436239052800, 30948500982134506872478105600, 61897001964269013744956211200, 123794003928538027489912422400, 247588007857076054979824844800, 495176015714152109959649689600, 990352031428304219919299379200, 1980704062856608439838598758400, 3961408125713216879677197516800, 7922816251426433759354395033600, 15845632502852867518708790067200, 31691265005705735037417580134400, 63382530011411470074835160268800, 126765060022822940149670320537600, 253530120045645880299340